



# Senat der Freien und Hansestadt Hamburg

## Senatskanzlei

Senatskanzlei Hamburg, Jägerstr. 1-3, 10117 Berlin

Side by Side GmbH  
Karlstraße 1  
39576 Stendal

Vertretung beim Bund

Verwaltung  
Zentrale Beschaffung

Jägerstraße 1-3  
10117 Berlin

Telefon +49 30 20646-

Telefax +49 30 20646-

Ansprechpartner

E-Mail

Zentrale - 0

04. Juli 2018

### Öffentliche Ausschreibung Nr. 2018000041 über die Gestellung von Küchenpersonal (Chef de Partie)

#### -Vertragliche Regelungen-

Sehr geehrter

mit Schreiben vom 04.07.2018 erteilt Ihnen die Finanzbehörde Hamburg den Zuschlag über die Gestellung von Küchenpersonal (Öffentliche Ausschreibung Nr. 2018000041).

Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass durch die Zuschlagserteilung folgende Vertraglichen Regelungen in Kraft treten:

- die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B),
- die Hamburgischen Zusätzlichen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (HmbZVB-VOL/B),
- Veröffentlichung von Verträgen, Vereinbarung eines Rücktrittsrechts und Kennzeichnung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen nach dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG),
- Ergänzende Vertragsbestimmungen und Zusicherung des Verleihers beim Einsatz von Leiharbeitskräften in der Vertretung der Freien und Hansestadt Hamburg,
- Verpflichtung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes gemäß § 3 Hamburgisches Vergabegesetz,
- Vertragsbedingungen und das technische Leistungsverzeichnis.

Hamburg im Internet:  
<http://www.hamburg.de>

Telefonischer HamburgService:  
+49 40 428 28-0

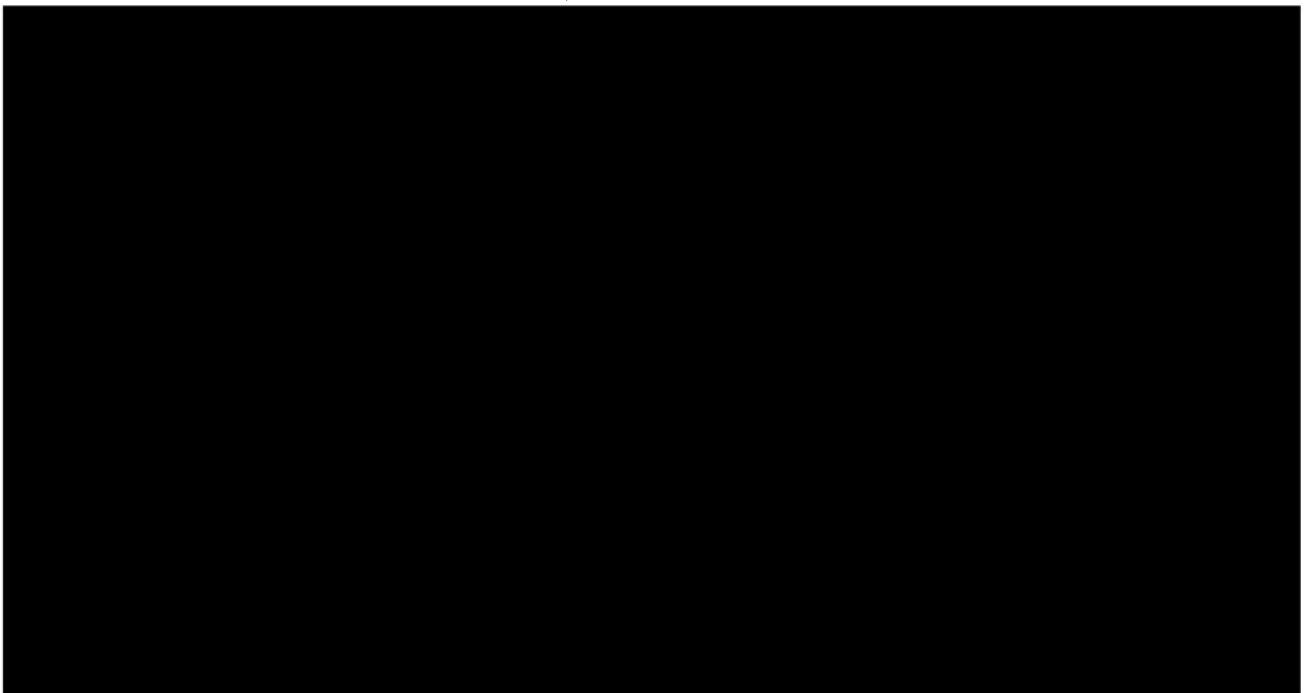
Lieferanschrift:  
Taubenstr. 54, 10117 Berlin

Öffentliche Verkehrsmittel:  
S-Bahn S1 (S Brandenburger Tor)  
U-Bahn U2 (U Mührenstr.)  
U-Bahn U6 (U Französische Str.)  
Bus 100, 200, 257, 348 (vgl. S1)  
Bus 147, 257, TXL (vgl. U6)

Auf die nachfolgenden Festpreise wird die geltende Umsatzsteuer hinzugerechnet:

- Chef de Partie  €,
- Jungkoch  €,
- Souschef  €.

Für den Auftraggeber:





**Freie und Hansestadt Hamburg**  
Finanzbehörde

**- Vertragsbedingungen -**

**Öffentliche Ausschreibung**

**über die  
Gestellung von Küchenpersonal  
(Chef de Partie – CdP & Commis de Cuisine)**

**gem.  
Unterschwelvenvergabeordnung (UVgO)**

**Vergabenummer 2018000041**

Stand: 17.04.2018

Finanzbehörde Hamburg  
Organisation und Zentrale Dienste  
Beschaffung und Strategischer Einkauf für Hamburg

  
Gänsemarkt 36  
20354 Hamburg

## Inhaltsverzeichnis

1.	ALLGEMEINE VERTRAGSBEDINGUNGEN .....	4
2.	RECHT .....	4
3.	ANSPRECHPARTNER .....	4
4.	VERTRAGSLAUFZEIT, KÜNDIGUNG .....	5
5.	ÄNDERUNGEN DES VERTRAGES .....	5
6.	DATENSCHUTZRECHTLICHE BESTIMMUNGEN .....	6
7.	PREISGESTALTUNG UND -BINDUNG; MINDESTLOHN .....	6
8.	EQUAL PAY FOR EQUAL WORK .....	7
9.	VERTRAGSSTRAFE .....	7
10.	HAFTUNG .....	7
11.	LIEFERBEGINN, -FRISTEN UND ANLIEFERUNG .....	8
12.	ABNAHME .....	9
13.	RECHNUNGSSTELLUNG .....	9
14.	KONTROLLEN .....	9
15.	NICHTERFÜLLUNG/DRITTE BEAUFTRAGEN .....	9
16.	KENNZEICHNUNG VON BETRIEBS- UND GESCHÄFTSGEHEIMNISSEN .....	10
17.	ÜBERNAHME VON LEIHARBEITNEHMERN (VERMITTLUNGSPROVISION) .....	10
18.	SALVATORISCHE KLAUSEL .....	10

## Vereinbarung

zwischen dem

Senat der Freien und Hansestadt Hamburg  
Senatskanzlei – Vertretung beim Bund

vertreten durch

– nachfolgend „AG“ (Auftraggeber) –

und

.....  
(Firmenname, Adresse)

vertreten durch Herrn/Frau .....

– nachfolgend „AN“ (Auftragnehmer) –

## Präambel

Die Freie und Hansestadt Hamburg – Vertretung beim Bund – ist dem Wohl ihrer Gäste verpflichtet. Um die vielfältigen Aufgaben im Gastronomiebereich in höchster Qualität erbringen zu können und den individuellen Wünschen unserer Gäste gerecht zu werden, bedarf es Geschäftspartnern gleicher Intention. Diesen Auftrag können wir im Bedarfsfall nur mit qualifizierten und motivierten Leiharbeitnehmern erfüllen, die bereit sind sich mit der Freien und Hansestadt Hamburg zu identifizieren. Gute Führung ist ebenso wichtig wie kooperative, vertrauensvolle, ehrliche und zielgerichtete Zusammenarbeit zwischen den Vertragspartnern.

Vor diesem Hintergrund schließen die Vertragsparteien die vorliegende Vereinbarung, die die wesentlichen Rahmenbedingungen und allgemeinen Regelungen der Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien enthält.

## 1. Allgemeine Vertragsbedingungen

Die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) sowie die Hamburgischen Zusätzlichen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (HmbZVB-VOL/B) - jeweils in der gültigen Fassung - werden Vertragsbestandteil.

Die Allgemeinen Bestimmungen der UVgO werden nicht Bestandteil des Vertrages. Weitere Regeln, Vorschriften und Normen sind ggf. in dieser Leistungsbeschreibung genannt.

Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) des Bieters können zum Ausschluss des Angebotes vom Vergabeverfahren führen. Einzelheiten hierzu unter Ziffer 17. HmbZVB-VOL/B.

## 2. Recht

Soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist, finden die Regelungen der Leistungsbeschreibung, der HmbZVB-VOL/B, der Aufforderung zur Angebotsabgabe einschl. der Bewerbungsbedingungen für die Vergabe von Lieferungen und Dienstleistungen, die VOL/B und das BGB bzw. der übrigen allgemeinen Normen in dieser Reihenfolge - insbesondere im Falle einander widersprechender Regelungen - Anwendung.

Die Bereitstellung des Küchenpersonals erfolgt jeweils im Wege einer Arbeitnehmerüberlassung i.S.d. AÜG.

Die in der Leistungsbeschreibung genannten Regeln, Vorschriften und Normen sind ebenso in der zum Zeitpunkt der Leistungserbringung jeweils gültigen Fassung einzuhalten.

Gerichtsstand und Erfüllungsort ist Berlin.

Dieser Vertrag unterliegt dem Geltungsbereich des Hamburgischen Transparenzgesetzes (HmbTG) und wird nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Transparenzportal veröffentlicht werden. Zudem kann er Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein. Siehe dazu das den Vergabeunterlagen beigefügte Formular „Veröffentlichung von Verträgen, Vereinbarungen eines Rücktrittsrechts und Kennzeichnung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen nach dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG) bei Vergabeverfahren nach VOL, VOF und nach der Beschaffungsordnung (BO)“.

## 3. Ansprechpartner

AG und AN benennen schriftlich jeweils ein/eine Ansprechpartner/-in und ein/eine Vertreter/-in zu Beginn des Vertrages. Die Ansprechpartner beider Parteien bzw. deren Vertreter sind für alle Fragen zur Durchführung des Vertrages zuständig und üben die Kontrolle über die Verfahrensabläufe aus.

### Ansprechpartner zum Vergabeverfahren

Senat der Freien und Hansestadt Hamburg, Vertretung beim Bund

Telefon: +49 30 20646

Ansprechpartner zur Leistung

Telefon: +49 30 20646

#### 4. Vertragslaufzeit, Kündigung

Der Vertrag wird für die Zeit vom **01.09.2018 bis 29.02.2020** geschlossen.

Für den Fall, dass sich die Zuschlagserteilung z.B. wegen eines Nachprüfungsverfahrens verzögert, beginnt der Vertrag mit dem Zuschlagsdatum und endet nach 18 Monaten.

Der AG behält sich das Recht vor, den Vertrag ordentlich ohne Angaben von Gründen mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten zum Monatsende vorzeitig zu kündigen, wenn die Leistung wegen Aufgabe des Gebäudes oder organisatorischer bzw. technischer Änderungen nicht mehr benötigt wird.

Der AG kann den Vertrag fristlos kündigen, wenn wichtige Gründe vorliegen, insbesondere wenn der AN

- den Mitarbeitern seines Betriebes die ihnen tariflich oder gesetzlich zustehenden Leistungen ganz oder teilweise vorenthält, oder wenn er in sonstige Weise gegen tarifliche Bestimmungen oder Vorschriften verstößt,
- die übernommene Leistung nicht zu dem vom AG benannten Zeitpunkt beginnt oder nicht in der dem Vertrag entsprechenden Zeit, Art und Weise ausführt und trotz schriftlicher Mahnung nicht Abhilfe schafft,
- schuldhaft gegen die aus den Ziffern 6. bis 8. und 14. dieser Leistungsbeschreibung resultierenden Verpflichtungen verstößt,

oder wenn sonstige schwerwiegende Gründe vorliegen.

Die Kündigung bedarf der Schriftform.

#### 5. Änderungen des Vertrages

Der Leistungsumfang kann nach Bedarf des AG erweitert, verändert oder reduziert werden. Der AG stehen dabei die Möglichkeiten des § 132 GWB zur Verfügung. Der AN kann eine Änderung des Leistungsumfanges zurückweisen, falls die Änderung für ihn unzumutbar ist. Unzumutbar ist die Änderung insbesondere, wenn der Gewerbebetrieb des ANs nicht auf die veränderte Leistung ausgerichtet ist und eine Vergabe der Leistung an Dritte nur unter erheblichen Schwierigkeiten für ihn möglich ist. Für diesen Fall hat der AN Nachweise vorzulegen und alternative Lösungsmöglichkeiten vorzuschlagen. Der AG hat für diesen Fall die Möglichkeit die betreffenden Leistungen ganz oder teilweise anderweitig zu vergeben.

Wird bei einer Leistungsänderung eine erhöhte Vergütung beansprucht, muss der AN dem AG dies gemäß Ziffer 2 der HmbZVB-VOL/B anzeigen. Die Mehrkosten gegenüber der ursprünglich ausgeschriebenen Leistung sind vom AN für den AG nachvollziehbar zu begründen und mit dem AG schriftlich zu vereinbaren.

Eine seitens des AN geplante gesellschaftsrechtliche Änderung während der Laufzeit des Vertrages ist dem AG mit einem Vorlauf von 3 Monaten anzuzeigen. Der AG behält sich vor, den Vertrag aus vergaberechtlichen Gründen zu kündigen. Auf Verlangen des AG hat der AN erneut gem. den Vorgaben der Vertragsunterlagen seine Eignung nachzuweisen. Gelingt dies dem AN nicht, so hat der AG das Recht, den Vertrag aus wichtigem Grund zu kündigen.



Das nachträgliche Ausscheiden eines oder mehrerer Mitglieder aus einer Bietergemeinschaft oder der Eintritt eines oder mehrerer neuer Unternehmen in die Bietergemeinschaft während der Vertragslaufzeit sind dem AG ebenfalls mit einem Vorlauf von 3 Monaten anzuzeigen. Die Beendigung der Bietergemeinschaft oder der Eintritt eines neuen Unternehmens in die Bietergemeinschaft kann zur Kündigung des Vertrages durch den AG aus vergaberechtlichen Gründen führen. Auf Verlangen des AG hat der AN die Eignung erneut gemäß den Vorgaben der Vertragsunterlagen nachzuweisen. Gelingt dies dem AN nicht, so hat der AG das Recht, den Vertrag aus wichtigem Grund zu kündigen.

Änderungen und Ergänzungen des Vertrages bedürfen der Schriftform.

## **6. Datenschutzrechtliche Bestimmungen**

Der AN verpflichtet sich, den Auftrag sowie sämtliche ihm hierdurch zur Kenntnis erlangten internen Angelegenheiten, Unterlagen und Informationen sowie sonstige Betriebs- und Geschäftsangelegenheiten des AG auch nach Beendigung des Vertrages vertraulich zu behandeln. Der AN hat geeignete Vorkehrungen zu treffen und steht dafür ein, dass solche Kenntnisse Dritten weder zugänglich gemacht noch sonst wie bekannt werden können.

## **7. Preisgestaltung und -bindung; Mindestlohn**

Die angebotenen Preise sind Festpreise.

Die Einzelpreise der Positionen sind so zu kalkulieren, dass in ihnen alle Kosten (z. B. Nacht-, Sonntags-, Feiertagsarbeit, Fahrkosten, Spesen u. ä., siehe auch „Ergänzende Vertragsbestimmungen und Zusicherungen des Verleihers...“) der zu erbringenden Leistungen des AN enthalten sind.

Unter Berücksichtigung von Ziffer 8 („Equal Pay for Equal Work“) sind die Preise für Chef de Partie (CdP) auf der Basis von Stufe 3 mit 3 Jahren einschlägiger Berufserfahrung (bzw. nach 2 Jahren in Stufe 2) zu kalkulieren, bei Souschef auf der Basis von Stufe 5 mit 10 Jahren einschlägiger Berufserfahrung (bzw. nach 3 Jahren in Stufe 3 und 4 Jahren in Stufe 4), bei Commis de Cuisine (Jungkoch) auf der Basis von Stufe 1 ohne hinreichend einschlägige Berufserfahrung (siehe auch Technisches Leistungsverzeichnis Ziffer 3 – Anforderungen an das Personal bezüglich der erforderlichen Berufserfahrungen); höhere Stufen sind bei einem Vertragszeitraum von 18 Monaten und tageweisen Einsätzen kaum erreichbar.

Diesen Festpreisen wird bei Rechnungsstellung die Umsatzsteuer in der zum Zeitpunkt der Leistung jeweils geltenden Höhe hinzugerechnet.

Die Berechnung anderer oder zusätzlicher, als im anliegenden Preis-/Leistungskatalog enthaltenen Preise ist grundsätzlich ausgeschlossen.

Der AN verpflichtet sich, die von ihm zur Vertragserfüllung eingesetzten Beschäftigten nicht unter den für sie jeweils geltenden gesetzlichen Mindestentgelt-Regelungen, nach der jeweils gültigen Rechtsgrundlage (z.B. nach AEntG und sonstigen bundes- oder landesgesetzlichen Mindestlohnregelungen), zu entlohnen. Auch erst während der Vertragslaufzeit eingeführte Mindestentgelt-Regelungen sind vom AN einzuhalten. Der AN verpflichtet sich ferner, die Verpflichtung zur Einhaltung einer solchen Mindestentgelt-Regelung auch an die von ihm eingesetzten Subunternehmer weiterzugeben und diese Verpflichtung durchzusetzen.

Hierzu ist die entsprechende Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes gemäß § 3 Hamburgisches Vergabegesetz bis zum Ende der Angebotsfrist vom Bieter einzureichen.



Die Angebotspreise basieren auf den Tarif- und ggf. Mindestlöhnen, die am letzten Tage der Angebotsfrist gültig waren.

Im Falle des Inkrafttretens eines neuen allgemeinverbindlichen Tarif- und Rahmenvertrages sowie bei der Erhöhung von gesetzlichen Sozialaufwendungen oder der Einführung bzw. Änderung einer sonstigen gesetzlichen Mindestlohnregelung kann der AN eine Erhöhung des Vertragspreises - für den Anteil der lohnabhängigen Kosten - beantragen, sofern die eingesetzten Leiharbeitskräfte für die Einsätze beim AG davon betroffen sind; dieses kann bereits vor Ablauf des 1. Vertragsjahres erfolgen.

Anträge, die später als 3 Monate nach Abschluss des Tarif- oder Rahmenvertrages oder nach Inkrafttreten der Änderung der gesetzlichen Sozialaufwendungen oder der Einführung bzw. Änderung einer sonstigen gesetzlichen Mindestlohnregelung eingehen, können nur vom 1. Tage des Eingangsmonats an Berücksichtigung finden.

Kommt eine Einigung über die beantragten Preise nicht zustande, kann jede Vertragspartei den Vertrag mit einer Frist von sechs Monaten zum Monatsende kündigen (jedoch frühestens zum Ende des ersten Vertragsjahres). In diesem Fall gelten die bisherigen Preise bis zum Vertragsende weiter. Bis zum Ablauf des Vertrages gilt der vereinbarte Preis weiter.

Diese Regelung findet sinngemäß Anwendung, wenn sich eine Ermäßigung der Löhne oder der gesetzlichen Sozialaufwendungen ergibt.

## **8. Equal Pay for Equal Work**

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat das Prinzip „Equal Pay for Equal Work“ eingeführt. Die Dienststellen haben sicherzustellen und Nachweise zu führen, dass die Leiharbeitskräfte für die Dauer des Einsatzes bei der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) das gleiche Entgelt erhalten wie die Beschäftigten der FHH, die eine entsprechende Tätigkeit ausüben. Durch schriftliche Zusicherung des Bieters (s. Anlage „Equal Pay for Equal Work- Ergänzende Vertragsbestimmungen und Zusicherung des Bieters“) ist dies sicherzustellen und nach Aufforderung nachzuweisen. Im Rahmen von zukünftigen Tarifverhandlungen und der damit verbundenen Tarifierungen (TV-L) sind die Entgelte der Leiharbeitnehmer entsprechend anzupassen. Der daraus resultierende Stundenpreis erhöht sich im Rahmen der Tarifierung (prozentuale Preisanpassung gemäß der Entgeltsteigerung des -TV-L-).

## **9. Vertragsstrafe**

Der AN verpflichtet sich, während der Laufzeit des Vertrages den von ihm eingesetzten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein Arbeitsentgelt in Höhe des „Equal Pay for Equal Work“ nach Ziffer 8. bzw. mindestens in Höhe des Mindestlohngesetzes (MiLoG) nach Ziffer 7. zu zahlen; maßgebend ist das höhere Entgelt aus den Ziffern 8. und 7.; verstößt der AN oder UN schuldhaft gegen die Verpflichtungen aus den Ziffern 7. oder 8. oder 14. dieser Vereinbarung, so ist der AN verpflichtet, pro Verletzungsfall eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 % gemessen am Gesamtauftragswert (ca. 115.000 €) zu zahlen. Die Summe aller zu zahlenden Vertragsstrafenbeträge wird auf 5 v.H. des Gesamtauftragswertes begrenzt.

Des Weiteren wird vereinbart, dass der AG zur fristlosen Kündigung oder zum Rücktritt vom Vertrag berechtigt ist, wenn schuldhafte Verstöße gegen die Verpflichtungen aus den Ziffern 7. oder 8. oder 14. dieser Leistungsbeschreibung vorliegen.

## **10. Haftung**

Der AN haftet neben der Erfüllung der Vertragspflichten bezüglich der überlassenen Leiharbeitnehmer für die ordnungsgemäße Auswahl (Qualifikation und persönliche Eignung - Referenzen), der im Hinblick auf die vertraglich vereinbarte Tätigkeit geeigneten Kraft.

Der AG haftet nicht für die Folgen von Unfällen, die der AN oder seine Leiharbeitnehmer bei der Ausführung ihrer Tätigkeit erleiden. Ebenso haftet der AG nicht für Gesundheitsschäden

(Unfall, Krankheit usw.), die sich der AN oder seine Leiharbeitnehmer bei der Ausführung der Arbeit zuziehen. Die Haftung des AG ist, soweit es sich nicht um wesentliche Vertragspflichten (Kardinalspflichten) im leistungstypischen Bereich handelt, beschränkt auf Schäden, die auf Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit des AG, ihrer gesetzlichen Vertreter oder Erfüllungsgehilfen zurückzuführen sind; dies gilt nicht im Falle der Haftung für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit. Sollten Störungen oder Mängel an den Leistungen des AG auftreten, wird der AG bei Kenntnisnahme oder auf unverzügliche Rüge des AN bemüht sein, für Abhilfe zu sorgen. Der AN ist verpflichtet, das ihm Zumutbare beizutragen, um Störungen zu beheben und einen möglichen Schaden gering zu halten. Im Übrigen ist der AN verpflichtet, den AG rechtzeitig auf die Möglichkeit der Entstehung eines außergewöhnlich hohen Schadens hinzuweisen.

Für die durch den AN oder Leiharbeitnehmer verursachten Schäden tritt der AN die daraus resultierenden Ansprüche gegenüber dem Haftpflichtversicherer an die Freie und Hansestadt Hamburg, Vertretung beim Bund, ab.

Der AN haftet in vollem Umfang nach den einschlägigen vertraglichen und gesetzlichen Bestimmungen. Bei der Einschaltung von Nachunternehmen, Erfüllungsgehilfen und sonstigen Beauftragten haftet der AN für sämtliche Pflichtverletzungen so, als wenn er selbst tätig geworden wäre.

Außerdem hat der AN den AG und die Bedarfsstellen von sämtlichen Schadensersatzansprüchen Dritter freizuhalten, die im Zusammenhang mit einer Verletzung der vom AN nach dieser Leistungsbeschreibung übernommenen Pflichten gegen den AG oder die Bedarfsstellen geltend gemacht werden sollten.

Der AN verpflichtet sich, eine diese Haftung abdeckende Betriebshaftpflichtversicherung in folgender Höhe (je Schadensereignis) abzuschließen:

Personenschäden : 2 Mio. EUR / 3 Mio. EUR  
Sachschäden: 1 Mio. EUR  
Vermögensschäden: 100 TEUR / 150 TEUR  
Schlüsselverlust: 25 TEUR – 50 TEUR

Der Nachweis eines entsprechenden Versicherungsvertrages sowie über die zuletzt gezahlte Versicherungsprämie ist innerhalb von 14 Kalendertagen nach Zuschlagserteilung gegenüber dem AG zu erbringen.

Auf Verlangen des AG sind während der Vertragsdauer sämtliche Nachweise, aus denen sowohl die versicherte Tätigkeit als auch die vereinbarten Versicherungssummen hervorgehen und in denen die zugrundegelegten Bedingungen genannt sind, in aktueller Fassung vorzulegen.

## **11. Lieferbeginn, -fristen und Anlieferung**

Entfällt.

**12. Abnahme**

Entfällt.

**13. Rechnungsstellung**

Die Zahlung des Rechnungsbetrages durch den Auftraggeber erfolgt nach Erfüllung und Abnahme der Leistung und Eingang der nachprüfaren Rechnung binnen 30 Tagen nach Rechnungseingang ohne Abzug von Skonto.

Die Abnahme der beauftragten und durchgeführten Leistung erfolgt nach Abschluss durch den [REDACTED] seinen Vertreter. Die Leistungsabnahme wird vom AN protokolliert und vom AG gegengezeichnet. In der Leistungsabnahme sind Mängel zu protokollieren und unverzüglich abzustellen.

Fehlerhafte Rechnungen sind innerhalb von sieben Werktagen nach Reklamation zu korrigieren und dem AG zuzusenden.

Die Rechnungen sind in einfacher Ausfertigung zu senden an:

**Senat der Freien und Hansestadt Hamburg**  
**Vertretung beim Bund**  
**Jägerstraße 1 – 3**  
**10117 Berlin**

Hinweis: Elektronische Rechnungen werden nicht akzeptiert!

**14. Kontrollen**

Der AG ist berechtigt, Kontrollen durchzuführen, um die Einhaltung der Vergabevoraussetzungen zu überprüfen. Er darf zu diesem Zweck Einblicke in die Entgeltberechnung der AN und der UN (Unterauftragnehmer) nehmen und des Weiteren die Unterlagen über die Abführung von Steuern und Beiträgen sichten. Die abgeschlossenen Werkverträge zwischen AN und UN dürfen ebenso der Kontrolle unterzogen werden. Der AN hat seine Beschäftigten über die Möglichkeit solcher Kontrollen hinzuweisen. Der AN und seine Nachunternehmer haben vollständige und prüffähige Unterlagen über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten.

Auf Verlangen des AG sind ihm diese Unterlagen vorzulegen.

**15. Nichterfüllung/Dritte beauftragen**

Der AN sichert die Einsätze termingerecht spätestens sieben Tage vor dem Veranstaltungstag zu.

Bei bekannten Engpässen informiert der AN unverzüglich den AG über eine voraussichtliche Nichterfüllung des Auftrages.

Sollte der AN trotz rechtzeitiger Auftragserteilung (sieben Werktage) nicht in der Lage sein, leistungsbereite und nach den vertraglichen Vorgaben leistungsfähige Leiharbeitnehmer zur Verfügung zu stellen und hat der AN alles ihm Mögliche zur Vertragserfüllung unternommen (z.B. Rekrutierung aus dem ersten Arbeitsmarkt), so kann der AG einen Dritten beauftragen. Nach Auftragserteilung (mündlich/schriftlich) kann der AG bis 72 Stunden vor Auftragserfüllung vom Vertrag zurücktreten, ohne dass der AN die Vertragserfüllung bzw. Regressansprüche geltend macht. Sollte der AG die 72 Stunden-Regelung nicht einhalten können und dem AN ist ein Schaden entstanden, so ist der entstandene Schaden im Einzelnen konkret

nachzuweisen. Für den Fall, dass der Bedarf nicht rechtzeitig angefordert wurde und der AN nicht in der Lage ist die Leistung auszuführen, so ist der AG berechtigt einen Dritten zu beauftragen, ohne dass Schadensersatzansprüche gegenüber dem AG geltend gemacht werden.

Bei garantierter Vertragserfüllung durch den AN verpflichtet sich der AG bei anderen Firmen (vorsorglich) angeforderte Leihköche nur insoweit einzusetzen, wie dies ohne Schadensersatzansprüche Dritter möglich ist.

#### **16. Kennzeichnung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen**

Der Bieter ist gemäß § 7 Abs. 3 HmbTG verpflichtet, bereits im Angebot die Dokumente in geeigneter Form zu kennzeichnen, welche nach seiner Einschätzung Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse enthalten und dies ggf. zu begründen. Für durch die Verletzung eines Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisses bei der Veröffentlichung im Informationsregister oder Herausgabe auf Antrag nach dem HmbTG entstehende Schäden haftet die Freie und Hansestadt Hamburg nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit (s. Anlage Wirksamkeit u. Veröffentlichung des Vertrages; Rücktrittsrecht).

#### **17. Übernahme von Leiharbeitnehmern (Vermittlungsprovision)**

Der AN ist nicht berechtigt die Zahlung einer Vermittlungsprovision zu verlangen, wenn der AG mit einem Leiharbeitnehmer ein Arbeitsverhältnis eingeht und dieser vertragsgerecht das Arbeitsverhältnis mit dem AN beendet hat.

Steht der Leiharbeitnehmer in einem gültigen Arbeitsverhältnis mit dem AN und wird vom AG die Übernahme angestrebt, so wird die folgende Vermittlungsprovision vereinbart:

- CdP / zwei durchschnittliche Monatsgehälter,
- Commis de Cuisine (Jungkoch) / zwei durchschnittliche Monatsgehälter,
- Souschef / drei durchschnittliche Monatsgehälter.

Die Vermittlungsprovision reduziert sich für jeden Einsatzmonat um ein Zwölftel, so dass bei Leiharbeitnehmern nach einem Jahr Einsatz beim AG keine Vermittlungsprovision mehr zu zahlen ist.

#### **18. Salvatorische Klausel**

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, berührt dies nicht die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen.

Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung gilt eine wirksame und durchführbare Regelung als vereinbart, die dem wirtschaftlichen Zweck der zu ersetzenden Bestimmung so weit wie möglich entspricht. Entsprechendes gilt für etwaige Lücken im Vertrag.









## Freie und Hansestadt Hamburg Finanzbehörde Hamburg

Finanzbehörde Hamburg, Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg,

Organisation und Zentrale Dienste

Side by Side GmbH  
Karlstraße 1  
39576 Stendal

131/32  
Gänsemarkt 36  
20354 Hamburg  
Telefon: +49 404282  
Telefax: +49 404273  
Ansprechpartner/i  
E-Mail  
Az.: 153-0/30.211  
04.07.2018

**Zuschlag gemäß § 43 Abs. 1 Unterschwellenvergabeordnung – UVgO**  
**Gestellung von Küchenpersonal (Chef de Partie)**  
**Öffentliche Ausschreibung Nr. 2018000041, Angebot vom 19.05.2018, 10.41 Uhr**

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Angebot zum o.g. Verfahren.

Eine eingehende Prüfung aller Angebote sowie deren jeweilige Bewertung sind abgeschlossen und haben ergeben, dass Sie das wirtschaftlichste Angebot abgegeben haben.

Die Finanzbehörde erteilt Ihnen daher den Zuschlag für die **Gestellung von Küchenpersonal für die Landesvertretung in Berlin**.

Es gelten die von Ihnen angebotenen Preise als Festpreise, denen seitens des Auftragnehmers die zum Zeitpunkt der Leistung geltende Umsatzsteuer (USt) hinzugerechnet wird.

Die Vertragslaufzeit beginnt am 01.09.2018 und endet am 29.02.2020.

Im Hinblick auf § 10 Abs. 2 HmbTG vereinbaren die Parteien:

Dieser Vertrag wird erst einen Monat nach seiner Veröffentlichung im Informationsregister wirksam.

Die Freie und Hansestadt Hamburg kann binnen dieses Monats nach Veröffentlichung des Vertrags im Informationsregister vom Vertrag zurücktreten, wenn der Freien und Hansestadt Hamburg nach der Veröffentlichung des Vertrages von ihr nicht zu vertretende Tatsachen bekannt werden, die sie, wären sie schon zuvor bekannt gewesen, dazu veranlasst hätten, einen solchen Vertrag nicht zu schließen, und ein Festhalten am Vertrag für die Freie und Hansestadt Hamburg unzumutbar ist.

Diesem Rücktrittsrecht haben Sie mit der Angebotsabgabe bereits zugestimmt, da das entsprechende Formular („Veröffentlichung von Verträgen, Vereinbarung eines Rücktrittsrechts ...) Teil der Vergabeunterlagen war.

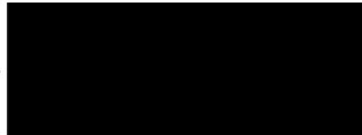
Ein Anspruch auf bestimmte Mindestmengen besteht nicht, zu leisten ist der tatsächliche Bedarf.

Die Unterzeichnung des deklaratorischen Vertrages erfolgt zeitnah durch die Landesvertretung in Berlin (Auftraggeberin).



Das weitere Vorgehen wird die Auftraggeberin mit Ihnen abstimmen.

Mit freundlichen Grüßen



*Entscheidung*

## VERGABEUNTERLAGEN

Ausschreibung

Öffentliche Ausschreibung (UVgO)

2018000041 – Gestellung von Küchenpersonal (Chef de Partie)

AUFTRAGGEBER  
Finanzbehörde Hamburg  
Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland

---

12.04.2018

# Inhaltsverzeichnis

Vergabeunterlagen.....	1
Projektinformation .....	1
Vergabeunterlagen.....	3
Aufforderung zur Angebotsabgabe_national (10-2017) .....	3
Eigenerklärung zur Eignung 10-2017_aktPDF.....	5
Eigenerklärung Tariftreue + Mindestlohn 10-2017_aktPDF .....	7
Hamburgische Bewerbungsbedingungen (Stand: 10.2017).....	8
Hamburgische Zusätzliche Vertragsbedingungen (Stand: 10.2017).....	10
Erklärung der Bietergemeinschaft (Stand: 19.10.2015) .....	12
HmbTG Vertrag wird veröffentlicht (Stand: 10.2017) .....	13
Angebotsvordruck (Stand:10.2017).....	14
Produkte/Leistungen .....	16
Kriterienkatalog .....	19
Anlagen .....	23



# VERFAHRENSINFORMATIONEN

12.04.2018

## Ausschreibung

Verfahren: 2018000041 – Gestellung von Küchenpersonal (Chef de Partie)

### INFORMATIONEN ZUR AUSSCHREIBUNG

Es ist beabsichtigt, die in anlegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen im Namen und für Rechnung des unten angegebenen Auftraggebers zu vergeben. Einzelheiten ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

### INFORMATIONEN

#### ALLGEMEIN

Auftragsnummer	2018000041
Maßnahme	
Auftragsbezeichnung	Gestellung von Küchenpersonal (Chef de Partie)
Auftragsbeschreibung	Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg, Vertretung beim Bund, beabsichtigt den Abschluss eines Vertrages über die Gestellung von Küchenpersonal.

#### VERFAHREN

Auftraggeber	Finanzbehörde Hamburg
Auftraggebertyp	Öffentlicher Auftraggeber
Liefer-/Ausführungsort	10117 Berlin
Leistungsart	Dienstleistungsauftrag
Vergabearart	Öffentliche Ausschreibung (UVgO)

#### VERFAHRENSEIGENSCHAFTEN

Losweise Vergabe	Nein		
Art der losweisen Vergabe			
Zuschlagskriterium	Wirtschaftlichstes Angebot Berechnungsmethode: Freie Verhältniswahl Preis/Leistung Gewichtung: 60%: 40%		
Klassifizierungen	<table border="1"><thead><tr><th>Code</th><th>Bezeichnung</th></tr></thead><tbody></tbody></table>	Code	Bezeichnung
Code	Bezeichnung		

#### ANGEBOTE

Nebenangebote	Nebenangebote sind nicht zugelassen
Nachlass	Ja
Skonto zugelassen	Nein
Skonto Zahlungsziel	Tag(e)
Verwendung elektronischer Mittel	Die Einreichung der Angebote/ Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen
URL für elektronische Angebote	<a href="http://www.bieterportal.hamburg.de">http://www.bieterportal.hamburg.de</a>
Zulässige Signaturen	Qualifizierte elektronische Signatur, Fortgeschrittene elektronische Signatur, Textform nach §126b BGB

#### TERMINE

##### ALLGEMEIN

Vorausgegangene Vorinformation	Nein
Besondere Dringlichkeit	Nein

##### BEKANNTMACHUNG

Bekanntmachung	23.04.2018
Vorinformation	

##### ANGEBOTE UND BEWERTUNG

Frist Bieterfragen	16.05.2018 10:00
Eröffnungstermin (nur VOB)	

Angebotsfrist	24.05.2018 10:00:00
Bindefrist	31.08.2018
Versand Vorabinformation	

#### AUFTRAGSDAUER

Beginn	01.09.2018
Ende	29.02.2020
Anmerkungen	Keine Vertragsverlängerungsoption.

## Öffentliche Ausschreibung Nr. 2018000041 Gestellung von Küchenpersonal (Chef de Partie)

Art der Leistung:	Dienstleistungsauftrag
Ort der Leistung:	Berlin
Anforderung der Vergabeunterlagen:	bis zum Ablauf der Angebotsfrist, ausschließlich elektronisch
Frist für Bieterfragen:	16.05.2018 10:00
Ablauf der Angebotsfrist (Einreichungstermin):	24.05.2018 10:00:00
Ablauf der Bindefrist:	31.08.2018
geplanter Vertragsbeginn:	01.09.2018

Es ist beabsichtigt, die in anliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen im Namen und für Rechnung der Freien und Hansestadt Hamburg zu vergeben. Die Bewerbungsbedingungen sind als Anlage beigefügt. Einzelheiten ergeben sich aus den Anlagen.

Falls Sie bereit sind, die Leistungen zu übernehmen geben Sie Ihr Angebot ausschließlich mittels der kostenlosen elektronischen Angebotsabgabe (eVergabe) ab und unterzeichnen Sie dieses mit einer der zur Verfügung gestellten Signaturmethoden. Der Zugang zur eVergabe steht Ihnen im Bieterportal unter [www.bieterportal.hamburg.de](http://www.bieterportal.hamburg.de) zur Verfügung.

Die Angebote werden nicht verlesen, Bieter und Preise nicht bekannt gegeben. Bis zum Einreichungstermin können die Angebote geändert werden; die Änderungsmitteilung ist in gleicher Weise einzureichen. Vom Einreichungstermin an ist der Bieter bis zum Ablauf der Bindefrist (s.o.) an sein Angebot gebunden.

Zu dieser Ausschreibung werden nur Anfragen beantwortet, die über die Bieterkommunikation ("Kommunikation mit der Vergabestelle") der eVergabe innerhalb der Frist für Bieterfragen gestellt werden.

Auskünfte erteilt (sofern in der Leistungsbeschreibung keine abweichenden Angaben gemacht werden) die

**Finanzbehörde Hamburg  
Organisation und Zentrale Dienste**

Postanschrift: Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg

Telefax: +49 404273

Mail: [ausschreibungen@fb.hamburg.de](mailto:ausschreibungen@fb.hamburg.de)

Die Auskünfte werden zeitnah über die Bieterkommunikation der eVergabe veröffentlicht. Die Auskünfte der Vergabestelle werden Bestandteil der Vergabeunterlagen. Der Einwand, dass der Bieter über den Umfang der Leistung oder über die Art und Weise der Ausführung nicht genügend unterrichtet gewesen sei, ist ausgeschlossen.

### Anlagen:

- Leistungsbeschreibung
- Hamburgische Bewerbungsbedingungen
- Hamburgische Zusätzliche Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (HmbZVB-VOL/B) – in der jeweils gültigen Fassung –

- Angebotsvordruck
- Eigenerklärung zur Eignung
- Eigenerklärung Mindestlohn
- sonstige Unterlagen



## Eigenerklärung zur Eignung

Der Bieter hat mit Abgabe seines Angebotes zum Nachweis seiner Eignung und zum Nachweis, dass er nicht gem. §§ 123, 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen ist, eine Eigenerklärung abzugeben. Die Angaben werden ggf. von dem öffentlichen Auftraggeber durch eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150a Gewerbeordnung (GewO) überprüft. Der öffentliche Auftraggeber wird außerdem vor Entscheidungen über die Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen in den Fällen des § 7 des Gesetzes zur Einrichtung eines Registers zum Schutz fairen Wettbewerbs (GRfW) vom 17. September 2013 (HmbGVBl. 2013, S. 417) bei der zentralen Informationsstelle der Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg abfragen, inwieweit Eintragungen im gemeinsamen Register zum Schutz des fairen Wettbewerbs der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein zu den für einen Zuschlag vorgesehenen Bieterinnen und Bietern, deren Geschäftsführungen, Bewerberinnen und Bewerber sowie potenziellen Auftragnehmerinnen und Auftragnehmern vorliegen.

Ich/wir erklären,

- a) dass ich/wir den gesetzlichen Pflichten zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie zur Zahlung der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung (Kranken-, Unfall-, Renten- und Arbeitslosenversicherung) nachgekommen bin/sind.
- b) dass über mein/unser Vermögen nicht das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist<sup>1</sup>.
- c) dass ich/wir zum Zwecke der Abfrage beim Register zum Schutz fairen Wettbewerbs gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 i. V. m. § 5 Abs. 2 des Hamburgischen Datenschutzgesetzes (HmbDSG) einwillige(n), im potenziellen Auftragsfall personenbezogene Daten (Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort) der verantwortlich handelnden Personen (Geschäftsführer, gesetzliche Vertreter) zu benennen sowie die Zustimmung dieser Personen zur Weiterleitung der erforderlichen Daten an den öffentlichen Auftraggeber einzuholen. Ohne Einwilligung und Zustimmung kann der Zuschlag nicht erteilt werden. Soweit im potenziellen Auftragsfall Nachunternehmer an der Auftrags Erfüllung beteiligt werden sollen, werde(n) ich/wir von diesen eine gleichlautende Einwilligung sowie deren Zustimmung einholen, die erforderlichen Daten an den öffentlichen Auftraggeber weiterzuleiten. Ohne diese schriftlichen Einwilligungen und Zustimmungen werden Nachunternehmer vom öffentlichen Auftraggeber abgelehnt. Die Erhebung und weitere Verarbeitung der Daten dient der Aufgabenerfüllung nach dem Gesetz zur Einrichtung eines Registers zum Schutz fairen Wettbewerbs (GRfW).
- d) dass (Zutreffendes bitte ankreuzen)
  - ☐ in den letzten drei Jahren Verfehlungen im Sinne von § 2 Abs. 2 des Gesetzes zur Einrichtung eines Registers zum Schutz fairen Wettbewerbs (GRfW) vom 17. September 2013 (HmbGVBl. 2013, S. 417) vorgelegen haben (Abdruck des § 2 Abs. 2 siehe Rückseite); es wurden jedoch Maßnahmen zur Selbstreinigung und zur Prävention ergriffen. Nachweise über diese Maßnahmen sind als Anlage(n) beigefügt<sup>2</sup>.
  - ☐ keine Verfehlungen im Sinne von § 2 Abs. 2 des Gesetzes zur Einrichtung eines Registers zum Schutz fairen Wettbewerbs (GRfW) vom 17. September 2013 (HmbGVBl. 2013, S. 417) vorliegen, die meinen/unseren Ausschluss vom Wettbewerb rechtfertigen könnten oder kein Eintrag im gemeinsamen Register zum Schutz des fairen Wettbewerbs der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein oder in vergleichbaren Registern anderer Bundesländer erfolgt ist.
- e) dass ich/wir in den letzten drei Jahren nicht gem. § 21 Abs. 1 des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung (SchwarzArbG) oder gem. § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentendengesetz (AEntG) mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden bin/sind.
- f) dass dem Angebot nur die eigenen Preisermittlungen zu Grunde liegen und dass mit anderen Bewerbern Vereinbarungen weder über die Preisbildung noch über die Gewährung von Vorteilen an Mitbewerber getroffen sind und auch nicht nach Abgabe des Angebots getroffen werden,
- g) dass die allgemeinen Preisvorschriften, insbesondere die VO PR 30/53 vom 21.11.1953 sowie das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen vom 26.06.2013 (beide in der jeweils gültigen Fassung), beachtet worden sind.

### Bitte ankreuzen\* (Pflichtangabe)

Ist Ihr Unternehmen ein kleines oder mittelständisches Unternehmen (KMU) im Sinne der EU-Kriterien?

(Ein Unternehmen gilt als KMU, wenn es weniger als 250 Mitarbeiter beschäftigt und der Umsatz weniger als 50 Mio. € oder die Bilanzsumme weniger als 43 Mio. € beträgt.)

☐ ja

☐ nein

Mir/uns ist bekannt, dass die Nichtvorlage oder die Unrichtigkeit vorstehender Erklärung zu meinem/unserem Ausschluss aus diesem Vergabeverfahren oder zu einer Vergabesperre gem. § 6 GRfW sowie zur Kündigung eines bereits geschlossenen Vertrages führen kann. Ich/wir verpflichte(n) mich/uns auch, die vorstehende Erklärung von Nachunternehmern zu fordern und diese zur Zustimmung des Auftraggebers vorzulegen, bevor die Beauftragung der Nachunternehmer erfolgt.

den 12.04.2018

Unterschrift (Vor- und Zuname)

- 1 Sollte das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden sein, sind zusätzliche Unterlagen einzureichen, die geeignet sind, die finanzielle Leistungsfähigkeit des Unternehmens belegen. Diese Unterlagen müssen der Vergabestelle die Möglichkeit geben, zu prüfen, ob das Unternehmen dazu in der Lage ist, den zu vergebenden Auftrag zu erfüllen. Fehlende Nachweise können zum Ausschluss aus dem laufenden Vergabeverfahren führen.
- 2 Wird diese Möglichkeit angekreuzt, sind Unterlagen zwingend beizufügen und ggf. zu erläutern. Fehlende Nachweise können zum Ausschluss aus dem laufenden Vergabeverfahren führen.

## Auszug aus dem Gesetz zur Einrichtung eines Registers zum Schutz fairen Wettbewerbs (GRFW):

### § 2 Zentrale Informationsstelle, Inhalt des Registers

- (1) In das Register werden die nachgewiesenen korruptionsrelevanten oder sonstige Rechtsverstöße im Geschäftsverkehr oder mit Bezug zum Geschäftsverkehr (schwere Verfehlungen) eingetragen. Eingetragen werden:
1. Straftaten nach
    - a) § 108e des Strafgesetzbuches (StGB) (Abgeordnetenbestechung),
    - b) §§ 129, 129a, 129b StGB (Bildung krimineller oder terroristischer Vereinigungen),
    - c) § 156 StGB (Falsche Versicherung an Eides Statt),
    - d) § 261 StGB (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
    - e) §§ 263, 263a, 264, 265b, 266 StGB (Betrug und Untreue),
    - f) § 266a StGB (Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt),
    - g) §§ 267, 268, 269, 271, 273 StGB (Urkundenfälschungen),
    - h) §§ 283, 283b, 283c, 283d StGB (Insolvenzstraftaten),
    - i) §§ 298, 299 StGB (Straftaten gegen den Wettbewerb),
    - j) § 319 StGB (Baufähigung),
    - k) §§ 324, 324a, 325, 325a, 326, 327, 328, 329, 330, 330a StGB (Straftaten gegen die Umwelt),
    - l) §§ 331, 332, 333, 334 StGB (Korruptionsdelikte),unabhängig von der Form der Beteiligung (Täterschaft oder Teilnahme im Sinne des Strafgesetzbuches);
  2. Straftaten nach
    - a) § 370 der Abgabenordnung in der Fassung vom 1. Oktober 2002 (BGBl. 2002 I S. 3869, 2003 I S. 61), zuletzt geändert am 21. Juli 2012 (BGBl. I S. 1566, 1575), in der jeweils geltenden Fassung (Steuerhinterziehung),
    - b) §§ 19, 20, 20a, 22 des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen vom 22. November 1990 (BGBl. I S. 2507), zuletzt geändert am 27. Juli 2011 (BGBl. I S. 1595, 1597), in der jeweils geltenden Fassung,
    - c) § 34 des Außenwirtschaftsgesetzes (AWG) in der Fassung vom 25. Mai 2009 (BGBl. I S. 1151), zuletzt geändert am 12. Dezember 2012 (BAnz. AT 2012 V1), in der jeweils geltenden Fassung,
    - d) §§ 15, 15a des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) in der Fassung vom 3. Februar 1995 (BGBl. I S. 159), zuletzt geändert am 20. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2854, 2923), in der jeweils geltenden Fassung (Ver- und Entleih ausländischer Leiharbeiter ohne Genehmigung),
    - e) §§ 9 bis 11 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes (SchwarzArbG) vom 23. Juli 2004 (BGBl. I S. 1842), zuletzt geändert am 21. Juli 2012 (BGBl. I S. 1566, 1573), in der jeweils geltenden Fassung,
    - f) § 331 des Handelsgesetzbuchs in der jeweils geltenden Fassung (Unrichtige Darstellung),
    - g) §§ 399, 400, 401 des Aktiengesetzes (AktG) vom 6. September 1965 (BGBl. I S. 1089), zuletzt geändert am 20. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2751, 2753), in der jeweils geltenden Fassung (Falsche Angaben; unrichtige Darstellung; Pflichtverletzung bei Verlust, Überschuldung oder Zahlungsunfähigkeit),
    - h) Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung vom 10. September 1998 (BGBl. II S. 2327) in der jeweils geltenden Fassung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem geschäftlichen Verkehr),unabhängig von der Form der Beteiligung (Täterschaft oder Teilnahme im Sinne des Strafgesetzbuches);
  3. Ordnungswidrigkeiten nach
    - a) § 33 AWG,
    - b) § 16 AÜG,
    - c) § 8 SchwarzArbG,
    - d) § 23 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes vom 20. April 2009 (BGBl. I S. 799), zuletzt geändert am 25. November 2012 (BGBl. II S. 1381, 1382), in der jeweils geltenden Fassung,
    - e) § 18 des Mindestarbeitsbedingengesetzes vom 11. Januar 1952 (BGBl. III 802-2), zuletzt geändert am 22. April 2009 (BGBl. I S. 818), in der jeweils geltenden Fassung,
    - f) § 81 Absatz 1, Absatz 2 Nummer 1 und Absatz 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der Fassung vom 15. Juli 2005 (BGBl. 2005 I S. 2115, 2009 I S. 3850), zuletzt geändert am 5. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2403), in der jeweils geltenden Fassung,
    - g) § 146 Absatz 1 der Gewerbeordnung in der jeweils geltenden Fassung,
    - h) § 404 Absatz 1 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch vom 24. März 1997 (BGBl. I S. 594, 595), zuletzt geändert am 20. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2781), in der jeweils geltenden Fassung;
    - i) § 130 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) in der Fassung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 603), zuletzt geändert am 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2353, 2354), in der jeweils geltenden Fassung, soweit sich die unterlassene Aufsichtsmaßnahme auf eine der in Nummern 1 und 2 genannten Straftaten oder eine der in den Buchstaben a bis h genannten Ordnungswidrigkeiten bezieht;
  4. vergleichbar schwere Verfehlungen, insbesondere vorsätzliche oder grob fahrlässige Falscherklärungen
    - a) zum Vorliegen von schweren Verfehlungen und Einträgen im Register nach § 1 Absatz 1 oder vergleichbaren Registern,
    - b) zur Einhaltung der Tarifreue und der Bestimmungen über einen gesetzlichen Mindestlohn oder
    - c) zur Beachtung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation;soweit sie dem Unternehmen nach Absatz 4 zuzurechnen sind und soweit die Geschäftstätigkeiten des betroffenen Unternehmens einen Bezug zur Vergabe öffentlicher Aufträge aufweisen. Einem Verstoß gegen diese Vorschriften stehen Verstöße gegen vergleichbare Straf- oder Ordnungswidrigkeitstatbestände anderer Staaten gleich. Die Eintragung umfasst gegebenenfalls auch den infolge der schweren Verfehlung ausgesprochenen Ausschluss des Unternehmens von der Vergabe öffentlicher Aufträge (Einzelausschluss, Vergabesperre) gemäß § 6.
- (2) ....

## **Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes gemäß § 3 Hamburgisches Vergabegesetz**

Öffentliche Aufträge über Bauleistungen und andere Dienstleistungen sowie Dienstleistungskonzessionen vergibt die Freie und Hansestadt Hamburg gemäß § 3 des Hamburgischen Vergabegesetzes (HmbVgG) nur an Auftragnehmer, die sich bei Angebotsabgabe schriftlich, per Telefax oder in Textform mithilfe elektronischer Mittel dazu verpflichten,

1. ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei der Ausführung dieser Leistungen ein Entgelt zu zahlen, das in Höhe und Modalitäten mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entspricht, an den das Unternehmen auf Grund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gebunden ist (§ 3 Abs. 1 HmbVgG). Entsprechendes gilt für die Beachtung des Tarifvertragsgesetzes, Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes und anderer gesetzlicher Bestimmungen über Mindestentgelte.
2. ihren Beschäftigten (ohne Auszubildende) für die Ausführung der Leistung aber mindestens ein Entgelt nach § 1 Abs. 2 des Mindestlohngesetzes (MiLoG), in der jeweils geltenden Fassung zu zahlen, soweit die Leistung im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland erbracht wird (§ 3 Abs. 2 HmbVgG).
3. im Fall der Arbeitnehmerüberlassung im Sinne des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes dafür zu sorgen, dass die Verleiher den Leiharbeiterinnen und Leihararbeitern bei der Ausführung der Leistung das gleiche Arbeitsentgelt gewähren wie vergleichbaren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern des Entleihers (§ 3 Abs. 3 HmbVgG).
4. Soweit Leistungen auf Nachunternehmer übertragen werden, hat sich der Auftragnehmer zu verpflichten, den Nachunternehmern die Pflicht zur Zahlung des Mindestlohns aufzuerlegen (§ 5 Abs. 4 Nr. 4 HmbVgG).

### **Der Auftragnehmer / Anbieter erklärt hiermit:**

Ich verpflichte mich / wir verpflichten uns zur Einhaltung des Tarifvertragsgesetzes, des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes und anderer gesetzlicher Bestimmungen über Mindestentgelte.

1. Im Falle der Auftragsausführung durch Beschäftigte eines Verleihers veranlasse ich / veranlassen wir, dass der Verleiher seinen Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung das gleiche Arbeitsentgelt gewährt wie vergleichbaren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern meines / unseres Unternehmens.
2. Im Falle der Übertragung von Leistungen auf Nachunternehmer verpflichte ich mich / verpflichten wir uns, dem Nachunternehmer die Pflicht aufzuerlegen, seinen Beschäftigten (ohne Auszubildende) für die Ausführung der für diesen öffentlichen Auftrag erforderlichen Leistung mindestens eine Vergütung in Höhe des Entgelts nach § 1 Abs. 2 des Mindestlohngesetzes (MiLoG, z.zt. 8,84 €), zu zahlen. Die Einhaltung dieser Vorgaben werden von mir / uns kontrolliert (§ 5 Abs. 4 Nr. 4 HmbVgG).
3. Ich habe / Wir haben die Bestimmungen des § 3 Abs. 2 HmbVgG in Verbindung mit dem MiLoG, sowie die möglichen Sanktionen gemäß § 11 HmbVgG bei schuldhafter Nichterfüllung der Verpflichtungen aus § 3 Abs. 2 HmbVgG in der jeweils geltenden Fassung zur Kenntnis genommen (Vertragsstrafe, sofern vereinbart; fristlose Kündigung des Vertrages oder Rücktritt vom Vertrag) und bestätige/n dies mit meiner / unserer Unterschrift.

### **Alternativ hierzu kann der Auftragnehmer erklären:**

Ich erkläre hiermit, dass ich keine Mitarbeiter beschäftige und daher nicht an das Mindestlohngesetz gebunden bin.

\_\_\_\_\_  
12.04.2018

Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift (Vor- und Zuname)



**Bewerbungsbedingungen  
für die Vergabe von Lieferungen und Dienstleistungen  
vom 01.10.2017**

**§ 1  
Allgemeines**

- (1) Der öffentliche Auftraggeber verfährt, sofern der jeweilige EU-Schwellenwert erreicht oder überschritten wird, nach dem Vierten Teil des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) vom 17. Februar 2016 (BGBl. I S. 203) sowie nach der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung - VgV) vom 12. April 2016 (BGBl. I, S. 624) in der jeweils geltenden Fassung, ohne dass diese Vertragsbestandteil werden.
- (2) Sofern der EU-Schwellenwert unterschritten wird, verfährt der Auftraggeber nach der Verfahrensordnung für die Vergabe öffentlicher Liefer- und Dienstleistungsaufträge unterhalb der EU-Schwellenwerte (Unterschwellenvergabeordnung – UVgO) vom 2. Februar 2017 (BAnz AT 07.02.2017 B1), ohne dass diese Vertragsbestandteil wird.
- (3) Diese Bewerbungsbedingungen gelten, soweit für das konkrete Vergabeverfahren keine abweichenden Regelungen getroffen werden. Für Teilnahmeanträge gelten diese Bedingungen entsprechend.
- (4) Die Vergabeunterlagen einschließlich sämtlicher Anlagen dienen ausschließlich der Erstellung eines Angebotes für den öffentlichen Auftraggeber. Die Verwendung für andere Zwecke bedarf der Zustimmung. Sofern die Vergabeunterlagen nicht frei im Internet verfügbar sind, ist der Inhalt der Vergabeunterlagen vertraulich zu behandeln. Der Bieter hat aber auf jeden Fall – auch nach Beendigung der Angebotsphase – über die ihm während des Vergabeverfahrens bekanntgewordenen dienstlichen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren. Er hat hierzu auch die mit der Erstellung des Angebotes beschäftigten Mitarbeiter sowie einbezogene Nachunternehmer und Lieferanten zu verpflichten.

**§ 2**

**Vollständigkeit der Vergabeunterlagen, Registrierung, Prüfung**

- (1) Nach Erhalt der Vergabeunterlagen hat der Bieter diese auf Vollständigkeit zu prüfen. Sollte er unvollständige Unterlagen erhalten haben oder inhaltliche Unstimmigkeiten feststellen, hat er sich unverzüglich zur Aufklärung an die in den Vergabeunterlagen angegebene Kontaktstelle zu wenden. Nachteile, die sich daraus ergeben, dass ein Angebot auf Grundlage unvollständiger Unterlagen abgegeben wurde, gehen zu Lasten des Bieters. Dies gilt insbesondere auch für den Fall, dass die Vergabeunterlagen während der Angebotsfrist seitens des öffentlichen Auftraggebers korrigiert werden. Bieter sind selbst dafür verantwortlich, dass sie ihr Angebot auf der Grundlage der jeweils aktuellen Vergabeunterlagen abgeben.
- (2) Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters Unklarheiten, die die Preisermittlung beeinflussen, so hat der Bieter unverzüglich den öffentlichen Auftraggeber vor Angebotsabgabe schriftlich darauf hinzuweisen, auch wenn er den Hinweis schon vorher in anderer Form gegeben hat.

**§ 3**

**Abgabe der Angebote**

- (1) Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen und muss unterschrieben sein, sofern nichts anderes zugelassen wurde. Bei der elektronischen Übermittlung der Angebotsdaten genügt eine geeignete elektronische Signatur im Sinne von § 53 VgV bzw. § 38 Abs. 6 UVgO.
- (2) Für das Angebot sind ausschließlich die von dem öffentlichen Auftraggeber elektronisch oder in Papierform zur Verfügung gestellten Vordrucke zu verwenden. Nur sofern diese nicht

ausreichend sind, können Anlagen verwendet werden. Sofern Anlagen verwendet werden müssen, ist im Vordruck des öffentlichen Auftraggebers unter dem jeweiligen Gliederungspunkt anzugeben, an welcher Stelle der Anlagen (Seitenangabe, Gliederungspunkt u.ä.) die entsprechenden Informationen zu finden sind. Die Anlagen sind eindeutig als zum Angebot gehörig zu kennzeichnen. Unvollständige Angebote und solche, zu denen keine oder nicht bedingungsgemäße Proben oder Muster zum vorgeschriebenen Zeitpunkt eingereicht sind (falls gefordert), können ausgeschlossen werden.

- (3) Das Angebot muss die Preise und die in den Vergabeunterlagen geforderten Erklärungen und Angaben enthalten. Änderungen an den Eintragungen im Angebot müssen zweifelsfrei sein. Änderungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig. Soweit Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers Änderungen oder Ergänzungen an den Vergabeunterlagen beinhalten, führt dies gemäß § 57 Abs. 1 Nr. 4 VgV bzw. § 42 Abs. 1 Nr. 4 UVgO zum Ausschluss des Angebots.
- (4) Jeder Bieter darf nur ein geltendes Angebot für jedes Vergabeverfahren einreichen. Es ist insbesondere unzulässig, für die ausgeschriebene Leistung nicht nur ein eigenes Angebot abzugeben, sondern sich zugleich als Mitglied einer Bielergemeinschaft oder vergleichbar um den ausgeschriebenen Gesamtauftrag zu bewerben. Für den Fall, dass ein Nachunternehmer sich bei mehreren Bietern einbringen will, ist von den Bietern und dem Nachunternehmer sicherzustellen, dass eine Beeinträchtigung oder Verfälschung des Wettbewerbs ausgeschlossen ist und keine schützenswerten Informationen weitergegeben oder wettbewerbsbeschränkende Abreden getroffen werden können. Dies gilt vor allem für die Gesamtangebote und die zu Grunde liegenden Kalkulationen.
- (5) Gemeinschaftliche Bieter haben mit dem Angebot eine von allen Mitgliedern unterschriebene Erklärung abzugeben,
  - in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall und die Aufrechterhaltung derselben für die Dauer des Vertrages erklärt ist,
  - in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
  - dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem öffentlichen Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
  - dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Bei elektronischer Angebotsabgabe hat der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter das Angebot mit einer geeigneten elektronischen Signatur im Sinne von § 53 VgV bzw. § 38 Abs. 6 UVgO zu versehen. Die von allen Mitgliedern unterschriebene Erklärung ist dem Angebot beizufügen.

- (6) Soweit eine Besichtigung gefordert wird, hat der Bieter vor Abgabe eines Angebots die örtlichen Gegebenheiten in Absprache mit dem jeweiligen Ansprechpartner des öffentlichen Auftraggebers in Augenschein zu nehmen. Die ausgefüllte und vom öffentlichen Auftraggeber unterschriebene Besichtigungsbestätigung ist dem Angebot beizufügen.
- (7) Für die Bearbeitung des Angebots werden keine Kosten erstattet.

**§ 4**

**Angebotspreise**

- (1) Preise sind in Euro anzugeben.
- (2) Die Leistungen können von dem öffentlichen Auftraggeber im Ganzen oder nach Losen geteilt oder auch in den einzelnen Losen geteilt vergeben werden. Ist eine Vergabe in Losen vorgesehen, ist dem Bieter freigestellt, für sämtliche oder einzelne Lose ein Angebot abzugeben, sofern in der Leistungsbeschreibung keine andere Regelung getroffen wurde. Sollte die Teilung in Lose eine Preisänderung bedingen, so ist sie im Angebot zum Ausdruck zu bringen.

- (3) Die Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze usw.) sind ohne Umsatzsteuer anzugeben. Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes am Schluss des Angebotes hinzuzufügen.
- (4) Entspricht der im Angebot angegebene Gesamtbetrag nicht dem Ergebnis der Multiplikation von Menge und Preis pro Einheit, so ist immer der Preis pro Einheit maßgebend.

## § 5

### Proben und Muster

- (1) Soweit Proben und Muster gefordert werden, dürfen sie nicht mit dem Namen der Firma oder anderen Kennzeichen des Bieters versehen sein. Für die Auszeichnung dürfen nur die den Vergabeunterlagen beigefügten Musterzettel verwendet werden. Wenn diese nicht ausreichen, können weitere beim öffentlichen Auftraggeber abgefordert werden. Bei elektronischer Angebotsabgabe sind Musterzettel rechtzeitig beim öffentlichen Auftraggeber abzufordern.
- (2) Für Proben und Muster wird keine Vergütung gewährt. Die nicht gewählten Proben und Muster können innerhalb von 14 Kalendertagen nach Ablauf der Bindefrist zurückgefordert werden, soweit sie bei der Prüfung des Angebots nicht verbraucht worden sind und der Wert pro Einheit 10 Euro übersteigt. Die Kosten der Rückgabe trägt der Bieter. Danach werden die Proben und Muster nicht mehr aufbewahrt.

## § 6

### Nebenangebote

- (1) Nebenangebote müssen, soweit sie zugelassen sind, auf besonderer Anlage gemacht und als solche deutlich gekennzeichnet sein. Die vorstehenden Regelungen gelten entsprechend.
- (2) Soweit sich aus den Vergabeunterlagen nicht etwas anderes ergibt sind
  - Nebenangebote, die in technischer Hinsicht von der Leistungsbeschreibung abweichen, auch ohne Abgabe eines Hauptangebotes zugelassen. Wird eine Leistung angeboten, die von den vorgesehenen Spezifikationen abweicht, hat der Bieter bei der betreffenden Position in der Leistungsbeschreibung auf eine Anlage zum Angebot hinzuweisen. In dieser ist die abweichende Leistung eindeutig zu beschreiben und die Gleichwertigkeit im Hinblick auf Sicherheit, Gesundheit und Gebrauchstauglichkeit nachzuweisen;
  - andere Nebenangebote (z.B. über Zahlungsbedingungen, Garantieklauseln) nur in Verbindung mit einem Hauptangebot zugelassen.

## § 7

### Eigenerklärung zur Eignung

- (1) Vor der Vergabe öffentlicher Aufträge bei Lieferungen und Leistungen ist von den Bewerbern oder Bietern eine Erklärung (Eigenerklärung) darüber zu verlangen, dass sie die Eignungskriterien erfüllen und ein Ausschluss vom Wettbewerb nach § 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB nicht erfolgt ist und keine Verfehlungen im Sinne von § 2 Abs. 2 des Gesetzes zur Einrichtung eines Registers zum Schutz fairen Wettbewerbs (GRW) vom 17. September 2013 (HmbGVBl. 2013, S. 417) vorliegen, die einen Ausschluss vom Wettbewerb rechtfertigen könnten. Ferner haben Bieter und Bewerber zu erklären, dass kein Eintrag im gemeinsamen Register zum Schutz des fairen Wettbewerbs der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein oder in vergleichbaren Registern anderer Bundesländer erfolgt ist.
- (2) Ein Angebot kann von der Wertung ausgeschlossen werden, wenn die Erklärung nicht rechtzeitig vorgelegt wird oder unzutreffende Erklärungen abgegeben werden.

## § 8

### Auskunft aus dem Gewerbezentralregister

Der öffentliche Auftraggeber wird für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Eigenerklärung eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister (§ 150a Gewerbeordnung) beim Bundesamt für Justiz anfordern bzw. anfordern lassen; von ausländischen Bietern wird ggf. eine gleichwertige Bescheinigung ihres Herkunftslandes gefordert.

Dies gilt bei der Vergabe öffentlicher Dienstleistungsaufträge nach VgV bzw. UVgO bei einer Auftragssumme ab 25.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) in den Bereichen

- Gebäudereinigungsgewerbe
- Personen- und Gütertransportgewerbe
- Bewachungs- und Ordnungsgewerbe
- Entsorgungsgewerbe
- Auf- und Abbau von Messen und Ausstellungen
- Winterdienst,

sowie bei der Vergabe von Lieferungen und Leistungen nach VgV oder UVgO, bei Zweifeln an der Eignung.

## § 9

### Register zum Schutz des fairen Wettbewerbs

- (1) Der öffentliche Auftraggeber ist verpflichtet, vor Entscheidungen über die Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen sowie von Planungsleistungen ab einem Auftragswert von 25.000 Euro ohne Umsatzsteuer bei der zentralen Informationsstelle (ZIS) abzufragen, inwieweit Eintragungen im Register zum Schutz fairen Wettbewerbs (Register) zu den für einen Zuschlag vorgesehenen Bietern, deren Geschäftsführungen, Bewerbern sowie potenziellen Auftragnehmern vorliegen, soweit im Gesetz zur Einrichtung eines Registers zum Schutz fairen Wettbewerbs (GRW) vom 17. September 2013 (HmbGVBl. 2013, S. 417) nichts anderes bestimmt ist.
- (2) Bei Bietergemeinschaften ist jedes Einzelunternehmen und deren Geschäftsführung abzufragen.
- (3) Der öffentliche Auftraggeber ist berechtigt, diese Nachfragen auch auf etwaige Nachunternehmer zu erstrecken.
- (4) Unterhalb der in Abs. 1 genannten Wertgrenze ist der öffentliche Auftraggeber berechtigt, eine Registerabfrage entsprechend Abs. 1 durchzuführen.
- (5) Bieter bzw. Bewerber müssen einwilligen, im potenziellen Auftragsfall für die Abfrage beim Register personenbezogene Daten (Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort) der verantwortlich handelnden Personen (Geschäftsführer, gesetzliche Vertreter) zu benennen, sowie die Zustimmung dieser Personen zur Weiterleitung der erforderlichen Daten an den öffentlichen Auftraggeber einzuholen. Ohne Einwilligung und Zustimmung kann der Zuschlag nicht erteilt werden.

Soweit im potenziellen Auftragsfall Nachunternehmer an der Auftragsbefriedigung beteiligt werden sollen, ist auch von diesen eine gleichlautende Einwilligung sowie deren Zustimmung einzuholen, die erforderlichen Daten an den öffentlichen Auftraggeber weiterzuleiten. Ohne diese schriftlichen Einwilligungen und Zustimmungen werden Nachunternehmer vom öffentlichen Auftraggeber abgelehnt.

Die Erhebung und weitere Verarbeitung der Daten dient der Aufgabenerfüllung nach dem Gesetz zur Einrichtung eines Registers zum Schutz fairen Wettbewerbs (GRW).

## § 10

### Losentscheid

Der öffentliche Auftraggeber behält sich vor, bei wertungsgleichen Angeboten das Los entscheiden zu lassen.

**Hamburgische Zusätzliche Vertragsbedingungen  
für die Ausführung von Lieferungen und Dienstleistungen  
(HmbZVB-VOL/B)**

vom 01.10.2017

Hinweis:

Die Paragraphenangaben beziehen sich, soweit nicht anders angegeben, auf die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) - Fassung 2003 - (Bundesanzeiger Nr. 178 a vom 23. September 2003).

**1. Art und Umfang der Leistungen**  
(zu § 1 VOL/B)

- (1) Die angebotenen Preise sind Festpreise ohne Umsatzsteuer. Diesen Festpreisen wird die Umsatzsteuer in der jeweils geltenden Höhe hinzugesetzt.
- (2) Durch die vereinbarten Preise sind im Zweifel sämtliche Leistungen des Auftragnehmers einschließlich Nebenleistungen wie die Erstellung von Betriebs-, Bedienungs-, Gebrauchsanweisungen und dgl. in deutscher Sprache, der Transport (inkl. Verpackung, Versicherung und Anlieferung an den bestimmungsgemäßen Leistungsort), das Aufstellen bzw. Installieren vor Ort und sonstige Kosten und Lasten wie Patentgebühren und Lizenzvergütungen abgegolten.

**2. Änderungen der Leistung**  
(zu § 2 VOL/B)

Wird bei Änderung der Leistung oder anderen Anordnungen des Auftraggebers eine erhöhte Vergütung beansprucht, so muss der Auftragnehmer dies dem Auftraggeber unverzüglich vor der Ausführung, möglichst der Höhe nach, schriftlich anzeigen.

**3. Mehr- oder Minderleistungen**  
(zu § 2 Nr. 3 VOL/B)

- (1) Soweit Preise je Einheit vereinbart sind, ist bei marktgängigen, serienmäßigen Erzeugnissen der Auftragnehmer auf Verlangen des Auftraggebers verpflichtet, ohne Änderung der vertraglichen Einheitspreise Mehrleistungen bis zu 10 v.H. der im Auftrag festgelegten Mengen zu erbringen oder mit einer Minderung bis zu 10 v.H. einverstanden zu sein.
- (2) Absatz 1 gilt nicht bei Minderleistungen, wenn nach Mengen gestaffelte Preise oder Rabatte wirksam gebunden sind.

**4. Ausführungsunterlagen**  
(zu §§ 3 und 4 Nr. 1 VOL/B)

Der Ausführung dürfen nur Unterlagen zu Grunde gelegt werden, die vom Auftraggeber ausdrücklich als zur Ausführung bestimmt gekennzeichnet sind. Die Verantwortung und Haftung des Auftragnehmers nach dem Verträge, insbesondere nach § 4 Nr. 1 Absatz 1 und § 14 VOL/B, werden hierdurch nicht eingeschränkt.

**5. Ausführung der Leistung**  
(zu §§ 4, 10 VOL/B)

- (1) Bewachung und Verwahrung des gesamten Besitzes des Auftragnehmers oder seiner Erfüllungsgehilfen einschließlich der Unterkünfte, Arbeitsgeräte, Arbeitskleidung usw. auf den Aufbaustellen – auch während der Arbeitsruhe – ist auch dann Sache des Auftragnehmers, wenn sich diese Gegenstände auf den Grundstücken oder in den Räumen des Auftraggebers befinden.
- (2) Der Auftragnehmer hat die ihm zur Ausführung der Leistung übergebenen Gegenstände vor unbefugtem Gebrauch zu schützen.
- (3) Hat der Auftraggeber auf Grund gesetzlicher Vorschriften Erfüllungsgehilfen des Auftragnehmers Schadensersatz zu leisten, so steht ihm der Rückgriff gegen den Auftragnehmer zu, soweit der Schaden durch Verschulden des Auftragnehmers oder seiner Erfüllungsgehilfen verursacht worden ist. Hat ein Verschulden des Auftraggebers oder seiner Erfüllungsgehilfen mitgewirkt, so findet für den Ausgleich § 254 BGB entsprechend Anwendung.
- (4) Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber spätestens zum Zeitpunkt des Gefahrenübergangs (Ziff. 11 Absatz 3) das volle uneingeschränkte Eigentum an dem geleisteten

bzw. gelieferten Gegenstand zu verschaffen. Die Verschaffung erfolgt frei von Rechten Dritter.

- (5) Die Gegenstände sind an die von der Empfangsstelle bezeichneten Räume bzw. auf die Grundstücksteile (Leistungsort) zu liefern. Jeder Lieferung ist ein Lieferschein beizufügen, der die Bestellscheinnummer, das Geschäftszeichen, die Warenbezeichnung und den Liefertag enthält.
- (6) Bei Lieferungen müssen die zu liefernden Geräte den zum Zeitpunkt der Lieferung geltenden Gesetzen, Normen und Standards entsprechen, insbesondere dem Produktsicherheitsgesetz (Gesetz über die Bereitstellung von Produkten auf dem Markt (BGBI. I 2011, S. 2179)) in der jeweiligen Fassung.
- (7) Der Auftraggeber kann sich von der vertragsgemäßen Ausführung der Leistungen unterrichten.

**6. Nachunternehmer**  
(zu § 4 Nr. 4 VOL/B)

Sind im Angebot Nachunternehmer oder Bezugsquellen angegeben, so darf sie der Auftragnehmer nicht ohne vorherige Zustimmung des Auftraggebers wechseln.

**7. Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren**  
(zu § 8 Nr. 1 VOL/B)

Wird die Eröffnung des Insolvenz- oder eines vergleichbaren gesetzlichen Verfahrens über das Vermögen des Auftragnehmers beantragt, so hat er dies dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.

**8. Kündigung oder Rücktritt**  
(zu § 8 Nr. 2 VOL/B)

- (1) Der Auftraggeber ist berechtigt, den Vertrag mit sofortiger Wirkung zu kündigen oder von ihm zurückzutreten, wenn der Auftragnehmer Personen, die auf Seiten des Auftraggebers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind, oder ihnen nahe stehenden Personen oder in ihrem Interesse einem Dritten Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt. Solchen Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihm beauftragt oder für ihn tätig sind.
- (2) Der Auftraggeber ist berechtigt, den Vertrag mit sofortiger Wirkung zu kündigen oder von ihm zurückzutreten, wenn der Auftragnehmer selbst oder vermittelt durch von ihm eingesetzte Nachunternehmer, schuldhaft gegen ihm obliegende Anforderungen oder Verpflichtungen nach §§ 3, 3a, 5 oder 10 HmbVgG verstößt.

**9. Vertragsstrafe**  
(zu § 11 VOL/B)

- (1) Bei einem schuldhaften Verstoß gegen die aus §§ 3, 3a, 5 und 10 HmbVgG resultierenden Verpflichtungen ist der Auftragnehmer zur Zahlung einer Vertragsstrafe verpflichtet. Die Vertragsstrafe beträgt je Verstoß bis zu 1 v.H. der Abrechnungssumme. Der Auftragnehmer ist zur Zahlung der Vertragsstrafe nach S. 1 auch dann verpflichtet, wenn der Verstoß durch einen von ihm eingesetzten Nachunternehmer zu vertreten ist.
- (2) Ergänzend vereinbarte Vertragsstrafen für die Überschreitung von Ausführungsfristen bleiben unberührt. Hiervon wiederum bleiben weitergehende Schadensersatzansprüche wegen der Überschreitung von Ausführungsfristen unberührt; die Vertragsstrafen nach diesem Absatz 2 werden jedoch auf solche Schadensersatzansprüche angerechnet.



- (3) Die Summe aller zu zahlenden Vertragsstrafenbeträge wird auf insgesamt 5 v.H. der Abrechnungssumme begrenzt.
- (4) Der Anspruch auf Vertragsstrafe erlischt erst, wenn die Schlusszahlung ohne Vorbehalt geleistet wird.

#### 10. Güteprüfung (zu § 12 VOL/B)

- (1) Proben und Muster zu berücksichtigten Angeboten bleiben bis zur Vertragserfüllung als für die Lieferung verbindliche Qualitätsmuster bei der Vergabestelle. Diese müssen der in der Leistungsbeschreibung bezeichneten Beschaffenheit entsprechen. Bis zu einem Wert von 10 Euro / Einheit werden sie, wenn sie nicht vom jeweiligen Vertragspartner innerhalb einer Frist von einem Monat nach Vertragsablauf abgeholt oder zurückgefordert worden sind, von der Vergabestelle ohne Berechnung übernommen.
- (2) Die Kosten der Rücksendung trägt der Auftragnehmer. Ab einem Wert von 10 Euro/Einheit werden die Proben und Muster nach Vertragsablauf in Absprache mit dem Vertragspartner entweder von der letzten Teillieferung abgesetzt, gegen Empfangsbestätigung wieder ausgehändigt bzw. im Ausnahmefall auf Kosten des Eigentümers zurückgesandt oder anderen Dienststellen der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) überlassen.
- (3) Verlangt der Auftraggeber eine im Vertrag nicht vereinbarte Güteprüfung, werden dem Auftragnehmer die dadurch entstandenen Kosten erstattet. Stellt sich bei der Güteprüfung jedoch heraus, dass die gelieferten Waren nicht den Bedingungen entsprechen, so sind etwaige Kosten für die Güteprüfung vom Auftragnehmer zu tragen. Die durch die Güteprüfung verbrauchten oder wertlos gewordenen Waren werden dann nicht vergütet.

#### 11. Abnahme, Gefahrübergang (zu § 13 VOL/B)

- (1) Bei Aufbauleistungen hat der Auftragnehmer die Abnahme, ggf. auch Teilabnahme, rechtzeitig in Textform zu beantragen.
- (2) Die Leistung gilt als abgenommen:
  - a) bei Lieferungen mit der vorbehaltlosen Schlusszahlung,
  - b) bei Aufbauleistungen 12 Werktagen nach Eingang des in Textform gestellten Antrages auf Abnahme, soweit der Auftraggeber die Abnahme nicht verweigert.
- (3) Die Gefahr geht auf den Auftraggeber über:
  - a) bei Lieferungen mit der Entgegennahme durch die Empfangsstelle,
  - b) bei Aufbauleistungen mit der Abnahme.

#### 12. Verjährungsfrist für Mängelansprüche (zu § 14 VOL/B)

Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche beginnt mit Gefahrübergang (Ziff. 13). Bei wiederkehrenden Leistungen ist die Einzelleistung maßgeblich.

#### 13. Aufstellung der Rechnungen (zu § 15 VOL/B)

- (1) Die Rechnung ist in zweifacher Ausfertigung einzureichen. Die zweite Ausfertigung ist als „Zweitschrift“ deutlich kenntlich zu machen.
- (2) Die Rechnung ist grundsätzlich in Übereinstimmung mit dem Angebot mit den Festpreisen ohne Umsatzsteuer aufzustellen. Von den Festpreisen sind alle vereinbarten Nachlässe, Skonti usw. abzuziehen. Zu dem verbleibenden Nettorechnungsbetrag ist neben dem Steuersatz die Umsatzsteuer am Schluss der Rechnung in einem Betrag gesondert hinzusetzen und der geforderte Rechnungsbetrag, der die Umsatzsteuer einschließt, aufzuführen.
- (3) Für selbstständige Teilleistungen (Teillieferungen) können nach Vereinbarung Teilrechnungen eingereicht werden.
- (4) Soweit Abschlags- oder Vorauszahlungen vereinbart sind, sind in den Rechnungen hierüber der zutreffende Steuersatz und die darauf entfallende Umsatzsteuer offen aus-

zuweisen. Diese Steuerbeträge sind in der Schlussrechnung vom Gesamtbetrag der Umsatzsteuer wieder abzusetzen.

#### 14. Zahlungsweise, Abtretung, Aufrechnung (zu § 17 VOL/B)

- (1) Skontofristen beginnen mit dem Tage des Eingangs der Rechnungen (Eingangsstempel der zuständigen Empfangsstelle), jedoch
  - a) bei Aufbauleistungen nicht vor dem Tage der Abnahme
  - b) bei allen anderen Leistungen nicht vor dem Tage der Erfüllung.
- (2) Der Rechnungsbetrag wird ausschließlich bargeldlos auf ein in der Rechnung angegebenes Konto gezahlt.
- (3) Der Auftraggeber ist berechtigt, mit allen Gegenforderungen - auch aus anderen Rechtsverhältnissen - aufzurechnen. Unter Verzicht auf das Erfordernis der Gegenseitigkeit nach § 387 BGB willigt der Auftragnehmer ein, dass Forderungen der Bundesrepublik Deutschland oder der FHH an den Auftragnehmer gegen Forderungen des Auftragnehmers an eine dieser Körperschaften aufgerechnet werden, gleichviel ob er die Lieferungen oder Leistungen allein übernommen hat oder als gesamtschuldnerisch haftendes Mitglied einer Arbeitsgemeinschaft.

#### 15. Sicherheitsleistung (zu § 18 VOL/B)

- (1) Ist für die Ausführung der Verträge und die Durchsetzung von Mängelansprüchen eine Sicherheit vereinbart, so beträgt sie 5 v.H. der Abrechnungssumme. Sicherheitsbeträge werden auf volle 10,- Euro nach unten abgerundet.
- (2) Wird die Sicherheit nicht binnen 12 Werktagen nach Zuschlagserteilung geleistet, so werden von jeder Abschlagszahlung 10 v.H. einbehalten, bis 5 v.H. der Gesamtabrechnungssumme erreicht sind. Werden Abschlagszahlungen nicht geleistet, so wird der Sicherheitsbetrag von der Abrechnungssumme einbehalten.
- (3) Die Sicherheit wird nach Ablauf der Verjährungsfrist für Mängelansprüche freigegeben, wenn während dieser Frist keine Mängel der Leistungen festgestellt werden. Werden vor Ablauf der Frist Mängel festgestellt, so bleibt die Sicherheit bis zur Beseitigung der Mängel gesperrt.

#### 16. Streitigkeiten (zu § 19 VOL/B)

- (1) Bei Meinungsverschiedenheiten ist zunächst die Entscheidung der für die Abnahme der Leistung zuständigen Stelle herbeizuführen. Die Entscheidung gilt als anerkannt, wenn der Auftragnehmer nicht binnen eines Monats hiergegen beim Auftraggeber schriftlich Einwendungen erhebt.
- (2) Für die Regelung der vertraglichen und außervertraglichen Beziehungen zwischen den Vertragspartnern gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts (CISG).
- (3) Bei Auslegung des Vertrages ist ausschließlich der in deutscher Sprache abgefasste Vertragswortlaut verbindlich. Erklärungen und Verhandlungen erfolgen in deutscher Sprache.
- (4) Gerichtsstand für alle Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis ist Hamburg.

#### 17. Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers

Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers, insbesondere Zahlungs- und Lieferbedingungen, Angaben über Erfüllungsort und Gerichtsstand, gelten nur dann, wenn sie vom Auftraggeber ausdrücklich und schriftlich angenommen sind und den Geschäftsbedingungen des Auftraggebers nicht widersprechen. Soweit Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers Änderungen oder Ergänzungen an den Vergabeunterlagen beinhalten, führt dies gemäß § 42 Abs. 1 Nr. 4 Unterschwellenvergabeordnung - UVgO bzw. § 57 Abs. 1 Nr. 4 Vergabeverordnung - VgV zum Ausschluss des Angebots vom Vergabeverfahren.



## Erklärung der Bietergemeinschaft

für Nr. 2018000041 über Gestellung von Küchenpersonal (Chef de Partie) ab  
01.09.2018 bis 29.02.2020

Wir, die nachstehend aufgeführten Unternehmen einer Bietergemeinschaft,

Geschäftsführendes  
Mitglied

\_\_\_\_\_

Mitglied

\_\_\_\_\_

Mitglied

\_\_\_\_\_

Mitglied

\_\_\_\_\_

beschließen, uns im Falle der Auftragserteilung zu einer Bieter-/ Arbeitsgemeinschaft  
zusammenschließen.

Wir erklären, dass

1. das oben bezeichnete geschäftsführende Mitglied die Bietergemeinschaftsmitglieder gegenüber Finanzbehörde rechtsverbindlich vertritt,
2. das geschäftsführende Mitglied berechtigt ist, mit uneingeschränkter Wirkung für jedes Mitglied Zahlungen anzunehmen und
3. alle Mitglieder für die Erfüllung des Vertrages als Gesamtschuldner haften.

\_\_\_\_\_, den \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

**Veröffentlichung von Verträgen, Vereinbarung eines Rücktrittsrechts  
und Kennzeichnung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen  
nach dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG)  
bei Vergabeverfahren nach VgV, UVgO und KonzVgV**

**I. Anwendungsbereich**

Nachfolgende Musterformulierungen sind in allen förmlichen Vergabeverfahren mittels dieses Formblatts zum Bestandteil der Vergabeunterlagen zu machen. Bei Verhandlungsvergaben ist alternativ eine der unten unter II. stehenden Formulierungen und der Text unter III. in geeigneter Form in den Vertrag aufzunehmen. Bei Vergaben, die mit dem elektronischen Bestellwesen abgewickelt werden, werden diese Vorgaben vom System bereits berücksichtigt.

**II. Wirksamkeit und Veröffentlichung des Vertrages; Rücktrittsrecht**

(Zutreffendes ist von der Vergabestelle anzukreuzen:)

☒ Dieser Vertrag ist ein Vertrag der Daseinsvorsorge (§ 3 Abs. 1 Nr. 4 HmbTG) oder ein Vertrag, an dessen Veröffentlichung ein öffentliches Interesse besteht und dessen Veröffentlichung die wirtschaftlichen Interessen der Freien und Hansestadt Hamburg nicht erheblich beeinträchtigt (§ 3 Abs. 2 Nr. 1 HmbTG).

Der Gegenstandswert liegt über (netto) 100.000 Euro (§ 9 Abs. 2 Nr. 1 HmbTG). Damit gilt:

1. Dieser Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG) und wird nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht werden. Zudem kann er Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.
2. Verträge, die unter § 10 Abs. 2 HmbTG fallen, werden erst einen Monat nach ihrer Veröffentlichung im Informationsregister wirksam. Die FHH kann binnen dieses Monats zurücktreten, wenn der Freien und Hansestadt Hamburg nach der Veröffentlichung des Vertrages von ihr nicht zu vertretende Tatsachen bekannt werden, die sie, wären sie schon zuvor bekannt gewesen, dazu veranlasst hätten, einen solchen Vertrag nicht zu schließen, und ein Festhalten am Vertrag für die Freie und Hansestadt Hamburg unzumutbar ist.

☐ Dieser Vertrag ist kein Vertrag der Daseinsvorsorge (§ 3 Abs. 1 Nr. 4 HmbTG) und auch kein Vertrag, an dessen Veröffentlichung ein öffentliches Interesse besteht und dessen Veröffentlichung die wirtschaftlichen Interessen der Freien und Hansestadt Hamburg nicht erheblich beeinträchtigt (§ 3 Abs. 2 Nr. 1 HmbTG)

oder der Gegenstandswert liegt unter (netto) 100.000 Euro (§ 9 Abs. 2 Nr. 1 HmbTG). Damit gilt:

1. Dieser Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen, die nach derzeitiger Bewertung jedoch nicht gegeben sind, wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht.
2. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

**III. Kennzeichnung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen; Haftung**

Der Bieter ist gemäß § 7 Abs. 3 HmbTG verpflichtet, bereits im Angebot die Dokumente in geeigneter Form zu kennzeichnen, welche nach seiner Einschätzung Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse enthalten, und dies ggf. zu begründen. Für durch die Verletzung eines Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisses bei der Veröffentlichung im Informationsregister oder Herausgabe auf Antrag nach dem HmbTG entstehende Schäden haftet die Freie und Hansestadt Hamburg nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit.

**Elektronische Angebotsabgabe:**

Bei elektronischer Angebotsabgabe ist dieser Vordruck nicht auszufüllen, er bleibt jedoch inhaltlich (insb. Punkte 1 bis 4) Bestandteil der Vergabeunterlagen.

Name und Anschrift des Bieters:

Telefon:

Fax:

E-Mail:

Internet:

Sachbearbeiter:

Anschrift und Telefon des Vertreters in Hamburg (nur bei auswärtigen Firmen):

Freie und Hansestadt Hamburg  
Finanzbehörde Hamburg  
Gänsemarkt 36 20354 Hamburg

**Angebot**

Ausschreibung Nr. 2018000041

1. Die Ausführung der in den Anlagen dieses Angebotsvordrucks beschriebenen Leistungen wird zu den eingesetzten Festpreisen ohne Umsatzsteuer angeboten. Diesen Preisen wird die Umsatzsteuer in der jeweils geltenden Höhe hinzugerechnet. Die Preise schließen alle Nebenkosten ein.

2. An dieses Angebot hält sich der Bieter bis zum Ablauf der Bindefrist (siehe Aufforderung zur Angebotsabgabe) gebunden.

3. Dem Angebot liegen die

a) Leistungsbeschreibung,

b) Hamburgischen Zusätzlichen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (HmbZVB-VOL/B) – in der jeweils gültigen Fassung,

c) Aufforderung zur Angebotsabgabe einschl. Hamburgische Bewerbungsbedingungen für die Vergabe von Leistungen (VOL) – in der jeweils gültigen Fassung,

d) Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) – in der jeweils gültigen Fassung,

e) Eigenerklärungen

zu Grunde.

Bei Widersprüchen gelten die Vertragsbestandteile nacheinander in der angegebenen Reihenfolge.

4. Unentgeltliche Nebenleistungen (Zugaben) werden ausgeschlossen und führen zum Ausschluss des Angebots.

5. Besondere Bemerkungen des Bieters (ggf. auf gesondertem Blatt):

.....

.....

.....

6. Anlagen zum Angebot:

.....

.....

.....

Angebote, die nicht den formalen Anforderungen des § 38 UVgO und des § 53 VgV entsprechen, werden ausgeschlossen.

Wird das Angebot unvollständig oder unrichtig ausgefüllt, fehlen geforderte Nachweise oder sind Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen nicht zweifelsfrei, so kann es vom Wettbewerb ausgeschlossen werden.

....., den .....

.....  
(Stempel und Unterschrift)

# LEISTUNGSVERZEICHNIS

12.04.2018

Ausschreibung

Verfahren: 2018000041 – Gestellung von Küchenpersonal (Chef de Partie)

## SKONTO

Skonto zugelassen	Nein
Zahlungsziel (falls zugelassen)	Tag(e)
Skonto	%

## AUFLISTUNG ALLER POSITIONEN

ALLE PREISE SIND OHNE UMSATZSTEUER ANZUGEBEN

### Allgemeiner Hinweis

Der jeweilige Stundenpreis ist so zu kalkulieren, dass alle Aufwendungen, wie Spesen für das Personal, Equal Pay for Equal Work, besondere Zuschläge (z.B. Nacht-, Samstags-, Sonntags-, Feiertagsarbeit, Fahrkosten u.ä.) und Versicherungsprämien im Stundenpreis enthalten sind.

Alle Preise sind ohne Umsatzsteuer anzubieten.

Die angegebenen "Abrufmengen" beziehen sich auf den gesamten Vertragszeitraum.

1	Chief de Partie, Entgeltgruppe 6	EUR
1.1	Stundenpreise inkl. Equal Pay for Equal Work	EUR
1.1.1	Preis/Stufe 3; Stundenpreis inkl. Equal Pay for Equal Work	USt. Menge Einheit Einzelpreis [EUR] Gesamtpreis [EUR] [%] 2.300,00 Stundenverrechnungssatz 19% pro 1,00 Stundenverrechnungssatz

2	Commis de Cuisine (Jungkoch), Entgeltgruppe 3	EUR
2.1	Stundenpreise inkl. Equal Pay for Equal Work	EUR
2.1.1	Preis/Stufe 2; Stundenpreis inkl. Equal Pay for Equal Work	USt. Menge Einheit Einzelpreis [EUR] Gesamtpreis [EUR] [%] 1.100,00 Stundenverrechnungssatz 19% pro 1,00 Stundenverrechnungssatz

3	Souschef, Entgeltgruppe 6	EUR
	Hinweis	
	Optional um ggfs. auftretenden Engpässen entgegenzuwirken.	
	Die Positionen sind auszufüllen.	
3.1	Stundenpreise inkl. Equal Pay for Equal Work	EUR



3.1.1	Preis/Stufe 3; Stundenpreis inkl. Equal Pay for Equal Work	USt.	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		[%]	350,00	Stundenverrechnungssatz	pro 1,00 Stundenverrechnungssatz	
		19%				

#### ANGEBOTSSUMME(N)

Summe exkl. Nachlass (netto)	
Nachlass (netto)	
Summe inkl. Nachlass (netto)	
Umsatzsteuer	
Summe (brutto)	

# LEISTUNGSVERZEICHNIS

12.04.2018

Ausschreibung

Verfahren: 2018000041 – Gestellung von Küchenpersonal (Chef de Partie)

---

## AUFLISTUNG ALLER DATEIANLAGEN ZU DEN POSITIONEN

Name	Dateiname	Größe	MIME-Type
------	-----------	-------	-----------



## EIGNUNGSKRITERIEN

**1 Allgemeine Angaben**  
Gewichtung: 0,00%**1.1 Vollständiger Name und Anschrift des Unternehmens [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie den vollständigen Namen Ihres Unternehmens (inkl. Rechtsform) sowie die Unternehmensadresse ein.

**1.2 Kontaktdaten Ansprechpartner des Unternehmens [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie hier den Namen, die Telefonnummer, Faxnummer und die E-Mail-Adresse des zuständigen Ansprechpartners an.

**1.3 Gründungsjahr der Gesellschaft [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie hier das Gründungsjahr der Gesellschaft an.

**1.4 Geschäftsführer [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie hier den/die Geschäftsführer des Unternehmens an.

**1.5 Handelsregister und Gerichtsstand [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie bitte die Nummer des Handelsregistereintrages sowie das zuständige Gericht an.

**1.6 Eignungsnachweis durch PQ-VOL-Zertifikat [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Der Bieter hat die Möglichkeit, seine Eignung auch durch ein Zertifikat des Präqualifizierungssystems PQ-VOL des Kooperationsverbundes Präqualifizierung-Nord (PQ-Nord) gemäß § 97 Abs. 4a GWB nachzuweisen. Die geforderten eignungsbezogenen Angaben und Erklärungen können durch das PQ-VOL-Zertifikat ersetzt werden. Falls Sie diese Möglichkeit nutzen möchten, fügen Sie bitte das entsprechende Zertifikat in Kopie dem Angebot als Anlage bei und kreuzen Sie "Ja" an. Die geforderte Eigenerklärung ist aber in jedem Fall einzureichen! Für geforderte Eignungsnachweise, die nicht durch das Zertifikat ersetzt werden, müssen die entsprechenden Nachweise gem. der Leistungsbeschreibung eingereicht werden. Hinweis: Bitte nur "Ja" oder "Nein" ankreuzen.

- ☐ Keine Angabe (0)  
☐ Ja (0)  
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

**1.7 Unterauftragnehmer [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Werden Leistungen oder Teilleistungen an Unterauftragnehmer vergeben? Wichtig: Diese Frage ist ausschließlich mit JA oder NEIN zu beantworten.

- ☐ Keine Auswahl getroffen (0)  
☐ Ja (0)  
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

**1.8 Wenn ja:**

K.O.-Kriterium: Nein

Wenn ja, geben Sie bitte Name und Anschrift des Unterauftragnehmers / Nachunternehmers sowie den Teil der Leistung, der auf diesen übertragen werden soll, an.

**2 Einzulegende Erklärungen und Nachweise**  
Gewichtung: 0,00%**2.1 E 1 – Eigenerklärung zur Eignung [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Haben Sie die Eigenerklärung zur Eignung beigelegt?  
Wichtig: Diese Frage ist ausschließlich mit JA oder NEIN zu beantworten.

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

## 2.2 E 2 – Referenzen [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Haben Sie die geforderten Referenzen vollständig eingereicht?  
Wichtig: Diese Frage ist ausschließlich mit JA oder NEIN zu beantworten.

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

## 2.3 E 3 – Qualifikationen [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Haben Sie die geforderten Fragebögen eingereicht?  
Wichtig: Diese Frage ist ausschließlich mit JA oder NEIN zu beantworten.

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

## 2.4 E 4 – Nachweis einer Bietergemeinschaft [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Wollen Sie als Bietergemeinschaft an der Ausschreibung teilnehmen?  
Falls ja, muss zwingend die Erklärung der Bietergemeinschaft unterschrieben mit dem Angebot eingereicht werden.  
Wichtig: Diese Frage ist ausschließlich mit JA oder NEIN zu beantworten.

- ☐ Keine Auswahl getroffen (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

## 2.5 L 1 – Equal Pay for Equal Work [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Haben Sie die ergänzenden Vertragsbestimmungen und Zusicherung des AN beigelegt?  
Wichtig: Diese Frage ist ausschließlich mit JA oder NEIN zu beantworten.

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

## 2.6 L 2 – Erlaubnis Arbeitnehmerüberlassung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Haben Sie die Kopie der Erlaubnis der Bundesagentur für Arbeit zur gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung gem. AÜG beigelegt?  
Wichtig: Diese Frage ist ausschließlich mit JA oder NEIN zu beantworten.

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

## 2.7 L 3 – Konzept [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Haben Sie das geforderte Konzept für die Leistungsausführung beigelegt?  
Wichtig: Diese Frage ist ausschließlich mit JA oder NEIN zu beantworten.

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

## 2.8 S 1 – Eigenerklärung zur Tariftreue [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Haben Sie die Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes gemäß § 3 Hamburgisches Vergabegesetz unterschrieben beigelegt?

Wichtig: Diese Frage ist ausschließlich mit JA oder NEIN zu beantworten.

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

## 3 sonstiges Gewichtung: 0,00%

### 3.1 Lohn- und lohnabhängige Kosten [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie den Anteil der Lohn- und lohnabhängigen Kosten an den im Vordruck Produkte/Leistungen anzugebenden Stundenverrechnungssätzen an.

Hinweis: Sollte dieser Anteil bei den verschiedenen Preispositionen voneinander abweichen, geben Sie den Anteil bitte getrennt für die einzelnen Festpreise an.

### 3.2 Haftung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Versichern Sie, dass für Ihr Unternehmen die geforderte Betriebshaftpflichtversicherung gem. Ziffer 10 der Vertragsbedingungen besteht oder bei Zuschlagserteilung abgeschlossen wird und zu Vertragsbeginn vorliegt?

WICHTIGER HINWEIS: Diese Frage ist ausschließlich mit "Ja" oder "Nein" zu beantworten

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

Verfahren: 2018000041 – Gestellung von Küchenpersonal (Chef de Partie)

---

## LEISTUNGSKRITERIEN

### 1 Hinweis

Hier sind seitens des Bieters keine Angaben zu machen.

Name	Dateiname	Größe	MIME-type
FragebogenCdPneu	FragebogenCdPneu.xlsx	12,42 KB	application/vnd.openxmlformats-officedocument.spreadsheetml.sheet
ZusicherungEqualPayVerlei her2018neu	ZusicherungEqualPayVerlei her2018neu.pdf	360,48 KB	application/pdf
Verfahrensbrief	20180328_Verfahrensbrief.pdf	312,79 KB	application/pdf
Technisches Leistungsverzeichnis	20180410_Technisches Leistungsverzeichnis.pdf	270,92 KB	application/pdf
Vertragsbedingungen	20180410_Vertragsbedingungen.pdf	306,11 KB	application/pdf







**Freie und Hansestadt Hamburg**  
Finanzbehörde

**- Technisches Leistungsverzeichnis -**

**Öffentliche Ausschreibung**

**über die  
Gestellung von Küchenpersonal  
(Chef de Partie – CdP & Commis de Cuisine)**

**gem.  
Unterschwellenvergabeordnung (UVgO)**

**Vergabenummer 2018000041**

Stand: 12.04.2018

Finanzbehörde Hamburg  
Organisation und Zentrale Dienste  
Beschaffung und Strategischer Einkauf für Hamburg

  
Gänsemarkt 36  
20354 Hamburg

## Inhaltsverzeichnis

1.	BESCHREIBUNG/UMFANG DER LEISTUNG .....	3
2.	LEISTUNGS AUSFÜHRUNG .....	3
3.	ANFORDERUNGEN AN DAS PERSONAL .....	4
4.	BERUFSBEKLEIDUNG .....	4
5.	MINDEST-EINSATZDAUER/PROBEWOCH E/STAMMPERSONAL .....	5
6.	WEISUNG (DIREKTIONSRECHT) .....	5
7.	BELEHRUNG ÜBER GEFAHREN FÜR SICHERHEIT UND GESUNDHEIT .....	5
8.	NICHT DEUTSCHE LEIHARBEITNEHMER .....	5
9.	ENTSCULDIGTES ODER UNENTSCULDIGTES FEHLEN EINES LEIHARBEITNEHMERS .....	5
10.	PFLICHTEN DES AG .....	5
11.	SICHERHEITSÜBERPRÜFUNG .....	6

## 1. Beschreibung/Umfang der Leistung

Die Leistung umfasst die vorübergehende Gestellung von Leiharbeitnehmern in dem Aufgabenbereich des Chef de Partie (CdP), Commis de Cuisine (Jungkoch) und bei geeigneter Qualifikation die eines Souschef.

Der CdP hat selbstständig, eigenverantwortlich, kreativ und wirtschaftlich die Produktion von Speisen für Veranstaltungen unseres Hauses durchzuführen. Wir erwarten umfassende Kenntnisse bei der Zubereitung von reichhaltigen Buffets, mehrgängigen Menüfolgen und gelegentlichen Außenveranstaltungen mit unterschiedlichen Ansprüchen der Buffets- und Menügestaltung.

Der Commis de Cuisine (Jungkoch) unterstützt unter Anleitung das Küchenteam bei der Produktion von Speisen unter Einhaltung unser hohen Qualitätsstandards und geltenden Hygienevorschriften.

Der Souschef agiert im Vertretungsfall bzw. unterstützt unseren Küchenmeister bei der Koordinierung und Durchführung eines reibungslosen Küchenablaufs nach den Qualitätsstandards der Landesvertretung Hamburg sowie die Überwachung und Unterstützung der ihm unterstellten CdPs und Commis de Cuisine. Die Erstellung von F & B – Angeboten und Dienstplänen für den Küchen- und Stewardingbereich, sowie die Koordination zwischen Küchen- und Servicebereich vor, während und nach den jeweiligen Veranstaltungen obliegen ebenfalls dem Souschef. Eingesetzte Souschef können bei späteren Veranstaltungen i.d.R. nicht als CdP eingesetzt werden.

Die Ausführung der Arbeiten erfolgt unter Einhaltung der gesetzlichen Hygienevorschriften und sonstigen Regeln im Küchenbereich.

Es ist aus heutiger Sicht noch nicht vorauszusagen, wie viele Veranstaltungen und damit verbundene Aufträge während der Vertragslaufzeit erteilt werden. Diese stehen überwiegend im Zusammenhang mit den Veranstaltungen, die im Rahmen politischer Entscheidungen getroffen und durchgeführt werden.

Im vergangenen Zeitraum 2016/07 – 2018/02 wurden im Bereich des CdP / Sous Chef ca. 3.691,50 Arbeitsstunden geleistet. Das Veranstaltungsaufkommen der letzten Jahre kann mit ca. 600 Veranstaltungsterminen (beinhaltet auch Veranstaltungen ohne Fremdpersonalbedarf) p. A. beziffert werden.

## 2. Leistungsausführung

Der AN stellt dem AG für den unter Ziffer 4 der Vertragsbedingungen genannten Vertragszeitraum ausschließlich im Wege der Arbeitnehmerüberlassung beim AN angestellte Leiharbeitskräfte (keine Freelancer) für folgende Funktionen zur Verfügung:

Chef de Partie, Commis de Cuisine und ggf. Souschef (Köche gem. Ziffer 1 des Technischen Leistungsverzeichnisses).

Der AN unterliegt der Erlaubnispflicht nach § 1 AÜG, so dass abweichende Vertragskonstellation oder Unteraufträge nicht möglich sind (abweichend von Ziffer 11 Abs. 2 des Technischen Leistungsverzeichnisses und Ziffer 8 des Verfahrensbriefes).

Der AN informiert die Leiharbeitskräfte jeweils vor den Einsätzen über die Tätigkeit im Wege der Arbeitnehmerüberlassung und überlässt dem AG rechtzeitig vor Einsätzen entsprechende Stundenzettel, in denen einzusetzende Leiharbeitskräfte namentlich benannt werden und Bezug auf diese Vereinbarung genommen wird.

Ergeben sich Änderungen hinsichtlich der einzusetzenden Personen nach Einsatzbeginn, sendet der AN die zusätzlichen Namen in Textform an den AG, der die Stundenzettel geeignet ergänzt bzw. anpasst.

Vor Überschreitung der Überlassungshöchstdauer von 18 Monaten ab dem 01.09.2018 setzt der AN regelmäßig für den AG tätige Leiharbeitskräfte spätestens ab 01.03.2020 für mehr als drei Monate nicht mehr beim AG ein.

Im Übrigen gelten die Regelungen aus dem zugrunde liegenden Angebot und der Technischen Leistungsbeschreibung.

### **3. Anforderungen an das Personal**

Mindestanforderungen:

#### Souschef

- ausgebildeter Koch/Köchin nach dem Berufsbildungsgesetz bzw. anerkannte Ausbildung im Ausland,
- mehrjährige Berufserfahrungen als Chef de Partie,
- mind. zwei Jahre Berufserfahrung als Souschef,
- zeitliche Anteile als Vertreter des Chef de Cuisine,
- besondere Qualifikationen bzw. Weiterbildungen.

#### Chef de Partie

- ausgebildeter Koch/Köchin nach dem Berufsbildungsgesetz bzw. anerkannte Ausbildung im Ausland,
- mind. zwei Jahre Berufserfahrungen als Chef de Partie,
- besondere Qualifikationen bzw. Weiterbildungen.

#### Commis de Cuisine

- ausgebildeter Koch/Köchin nach dem Berufsbildungsgesetz bzw. anerkannte Ausbildung im Ausland,
- besondere Qualifikationen bzw. Weiterbildungen.

Für mindestens fünf vorgesehenen Köche sind die Berufserfahrungen der letzten Jahre nach Zeit, Tätigkeit in den jeweiligen Häusern (hier ist der qualitative Unterschied zwischen Raststätte, Kantine, Gasthof, Restaurants- und Hotels der gehobenen Klasse zu unterscheiden) aufzuzeigen (siehe Verfahrensbrief Nr. 10 und Fragebogen).

### **4. Berufsbekleidung**

Das Küchenpersonal ist verpflichtet, geeignete Berufsbekleidung (inkl. küchenübliche Sicherheitsschuhe) in den üblichen Farben weiß, schwarz oder grau bzw. nach Vorgabe des Küchenmeisters zu tragen. Unter dem Motto "Jeder Koch hat seine Messer" erwarten wir, dass das Handwerkszeug (Messerset) mitgebracht wird.



## **5. Mindesteinsatzdauer/Probewoche/Stammpersonal**

Die Mindesteinsatzdauer der Leiharbeitnehmer beträgt fünf Stunden. Die geleisteten Arbeitsstunden sind in Einsatznachweisen festzuhalten und von dem AG gegenzuzeichnen. Die einzusetzenden CdPs & Commis de Cuisine müssen sich einer Probewoche im Rahmen des Auswahlverfahrens unterziehen. Nach erfolgreich absolvierter Probewoche wird der CdP bzw. Commis de Cuisine dem Leiharbeitnehmerstamm zugeführt. Der Landesvertretung ist somit ein fester Stamm von fünf CdPs & drei Commis de Cuisine zur Verfügung zu stellen. Diese Maßnahme soll gewährleisten, dass die Arbeitsabläufe reibungslos und ohne Störungen verlaufen können. Der Austausch des Stammpersonals hat in enger Abstimmung mit dem Küchenmeister zu erfolgen.

## **6. Weisung (Direktionsrecht)**

Der AG ist berechtigt, dem Leiharbeitnehmer Weisungen zu erteilen, die nach Art und Umfang in den jeweiligen Tätigkeitsbereich fallen. Der AG gewährleistet dem AN, dass seine Leiharbeitnehmer in die Arbeitsabläufe der Landesvertretung integriert werden.

## **7. Belehrung über Gefahren für Sicherheit und Gesundheit**

Der AG verpflichtet sich dem Leiharbeitnehmer vor Beginn der Beschäftigung und bei Veränderung in seinem Arbeitsbereich über Gefahren für Sicherheit und Gesundheit, denen er bei der Arbeit ausgesetzt sein kann, sowie über die Maßnahmen und Einrichtungen zur Abwendung dieser Gefahren zu unterrichten. Des Weiteren wird der Leiharbeitnehmer über die Notwendigkeit besonderer Qualifikationen oder beruflichen Fähigkeiten oder einer besonderen ärztlichen Überwachung sowie über besondere Gefahren des Arbeitsplatzes unterrichtet.

## **8. Nicht deutsche Leiharbeitnehmer**

Der AN verpflichtet sich, bei der Überlassung eines nicht deutschen Leiharbeitnehmers, der der Arbeitserlaubnis bedarf, die jeweils gültige Arbeitserlaubnis ohne Aufforderung vorzulegen. Der nicht deutsche Leiharbeitnehmer muss über gute deutsche Sprachkenntnisse verfügen.

## **9. Entschuldigtes oder unentschuldigtes Fehlen eines Leiharbeitnehmers**

Sollte der Fall eintreten, dass ein Leiharbeitnehmer entschuldigt oder unentschuldigt fehlt, so hat der AN für sofortigen adäquaten Ersatz zu sorgen. Des Weiteren wird auf die Ziffer 15 der Vertragsbedingungen verwiesen.

## **10. Pflichten des AG**

Der AG verpflichtet sich, die sich aus § 618 BGB (Bürgerliches Gesetzbuch) ergebende Führsorgepflicht wahrzunehmen. Er hat dafür Sorge zu tragen, dass die für seinen Betrieb geltenden Arbeitsschutzvorschriften eingehalten werden.

## 11. Sicherheitsüberprüfung

Gemäß §§ 1 und 2 des Gesetzes über die Voraussetzung und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen der Freien und Hansestadt Hamburg (Hamburgisches Sicherheitsüberprüfungs- und Geheimschutzgesetz – HmbSÜGG) vom 25. Mai 1999, zuletzt geändert am 02. April 2013 (HmbGVBl. Seite 121, 124), hat der zukünftige AN dem Geheimschutzbeauftragten des Senates der Freien und Hansestadt Hamburg, Vertretung beim Bund [REDACTED]

[REDACTED] unverzüglich nach Zuschlagserteilung die Leiharbeitnehmer namentlich zu benennen.

Die Sicherheitsüberprüfungen werden daraufhin eingeleitet. Dies gilt auch für Urlaubs- und Krankenvertretungen sowie für Firmenmitarbeiter mit Kontrollfunktionen.

Wird die Zustimmung von den Betroffenen nicht erteilt oder ergeben sich bei den Sicherheitsüberprüfungen Anhaltspunkte für Sicherheitsbedenken, ist eine Wiederholungsprüfung undurchführbar. Der Betroffene darf in diesem Fall nicht mit einer Tätigkeit betraut werden. Der AN hat die Zuverlässigkeit und Eignung der von ihm eingesetzten Leiharbeitnehmer laufend zu überprüfen und zu gewährleisten.